WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
Kontakt: a4druck.ch

Berlin
Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
www.aradio.blogsport.de
Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org
Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
www.ag-do.de

Einfach machen (Duisburg)
Kontakt: einfach.machen@riseup.net

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefdd@riseup.net
www.agkrefeld.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
www.apjkoeln.blogsport.de

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
www.schwarzerub.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
www.anarchistische-initiative-kl.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogsport.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
www.asjbonn.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
www.asjl.blogsport.de

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
www.aufdersuche.blogsport.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Aktion Frankfurt Oder
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
www.laffo.blogsport.eu

Lava Muc - Anarchistische Assoziation
Kontakt: lava-muc@riseup.net
www.lavamuc.noblogs.org

Dresden
AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org
IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: fauddd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
www.anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

e*vibes (Dresden)
Kontakt: e_vibes@riseup.net
www.evibes.org

Einen anderen 改道 Weg gehen...

N°65 - 05.2016

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Die "sozialistische" Regierung zerstört unsere Rechte
Anarchistisch älter werden - (wie) geht das?
Safer-Spaces-Policy und Konfliktbewältigung der AFed

Editorial

Liebe Gefährt*innen, liebe Interessierte,

ihr haltet hier die 65. Ausgabe der Gai Dào in euren Händen (oder habt sie auf das Medium eurer Wahl geladen). Und wieder erwarten euch spannende Themen rund um unser Lieblingsthema – die Anarchie.

Anlässlich des 1.Mai, der auch einen festen Platz in der anarchistischen Geschichte belegt, scheiden sich wieder einmal die Geister bezüglich des Israel-Palästina-Konflikts. In Berlin offenbaren sich durch den Eintritt der Gruppen BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) und F.O.R. Palestine innerhalb des „Revolutionären-1.Mai-Bündnisses" unüberwindbare Konflikte.
In der aktuellen Gai Dào findet ihr diesmal zwei verschiedene Stellungnahmen hinsichtlich der BDS-Kampagne und ähnlichen Gruppierungen, die mögliche anarchistische Perspektiven auf das Thema aufzeigen. Ist Israel-Kritik per se antisemitisch oder kann sie gerechtfertigt sein? Wie kann eine Positionierung zu Israel-kritischen und pro-palästinensischen Kampagnen und Bewegungen aussehen? Und wie können wir als Anarchist*innen vielleicht eine Position abseits der zwei unvereinbaren Lager finden?

Ein weiteres Thema in dieser Ausgabe sind die politischen und sozialen Prozesse in kurdischen Gebieten. Rojava erfährt gerade weltweite Aufmerksamkeit und auch viele Anarchist*innen verfolgen interessiert das dortige Geschehen. In immer mehr kurdischen Gegenden werden Stimmen laut, die sich für eine herrschaftsfreie und solidarische Gesellschaft einsetzen. Der Artikel von Zaher Baher beschäftigt sich mit den Entwicklungen im irakischen Teil Kurdistans und erörtert Wege hin zu einer möglichen anarchistischen Gesellschaft.

In Frankreich gehen seit einigen Wochen immer wieder Hundertausende auf die Straßen, um gegen die neue Arbeitsmarktreform der angeblich „sozialistischen" Regierung unter François Hollande zu demonstrieren. Doch der Widerstand richtet sich nicht allein gegen diese Reform, auch andere Themen geraten immer weiter in den Vordergrund, wie der anhaltende Notstand, die Ereignisse in Calais oder Frankreichs Energiepolitik. Ein Text des Internationalen Referats der Fédération Anarchiste beleuchtet näher, wie sich daraus eine soziale Bewegung entwickelt hat und analysiert, wie gewerkschaftlich organisierte Anarchist*innen sich in diese Kämpfe einbringen könnten.

Abschließend sei noch ein Mal auf die anarchistischen Tage in Jena (20. - 21. Mai) hingewiesen, über die wir in der letzten Ausgabe berichtet haben. Sie sind jetzt auch online zu erreichen unter: antje.noblogs.org. Also schaut mal ins Programm, es lohnt sich.

Viel Spaß und Diskussion wünscht,
die Gai Dào-Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Wir verstehen die [改道] Gai Dào trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Wir bieten einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei verstehen wir die [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der [改道] Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Natürlich behalten wir uns vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U2 Eberswalder Str.)

Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 2. Freitag und 4. Samstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
Der Tresen ist immer mit wechselndem Programm, Infos dazu auf der Website.

Vokü der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr
im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Cafe 100"
Alaunstraße, Dresden-Neustadt

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
Jeden Donnerstag 18-20 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

cafém – feminismus zum kennen_lernen
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogsport.de/cafem)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19:30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

AI-Kneipeowend
Jeden 1. Freitag im Monat, ab 21:00 Uhr
im Roachhouse (Richard-Wagner-Str. 78)

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums
Luxemburger Str. 93, Neustadt-Süd, Köln

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Wurze, (Wurznerstr. 2), 04315 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Erythosyn, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (+ Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MÜNCHEN

Anarchistisches Café "Schwarzer Donnerstag" + Vokü
Jeden 2. Donnerstag Abend im Monat im Kafe Marat
Thalkirchnerstraße 102, 80337 München

NÜRNBERG

Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr
im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

WITTEN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet
Jeden letzten Freitag im Monat ab ca. 19 Uhr
mit Gustav-Landauer-Bibliothek
Witten, Trotz Allem, Augustastr. 58

jonathan
Linke Hackordnung

Wo alle jeweils recht haben
und jeder es besser weiß als der andere
wird es unmöglich, verschiedene Wahrheiten gelten zu lassen
stattdessen haben alle jeweils recht und wissen es besser
und wer dort mitzudiskutieren und sich einzubringen mag
kann nicht anders, als dieses alberne Spiel mitzuspielen

also seine immergleichen Argumente in gewandelter Form vorbringen
seinen immergleichen Ansatz verfechten
immergleichen Praktiken nachgehen
oder einfach nichts tun und meinen und sagen
und stattdessen dämlich in sich hinein grinsen
und mit einem Lächeln so tun, als hätte man damit nichts zu schaffen
zu Hause aber seiner eigenen spießigen Wahrheit frönen

es ist ein einziges Behaupten
in der linken Hackordnung
lediglich – wenn man ehrlich ist – Behauptungen
die die Leute aufstellen, bis aufs Blut verfechten
auf der anderen Seite aber eigentlich
selbst nicht ein Wort davon ernst nehmen
denn das würde nämlich bedeuten
es verwirklichen, damit handeln zu wollen
und dann mit der Welt konfrontiert zu werden
die doch so anders und uneindeutig ist
- verkürzt: so scheiße also, wie man immer dachte
weswegen man vorher ja schon wusste, das nichts tun
und Reden schwingen besser sei

lieber streitet man sich immer weiter
behauptet, sogenannte Auseinandersetzungen wären notwendig
notwendiger als Inhalte offenbar
doch zu oft ist keine Auseinandersetzung, kein Abwägen
und kein Prozess kollektiver Wahrheitsfindung zu sehen
sondern eine linke Hackordnung
in der man sich durchsetzen, schreien
oder grinsend sein Maul halten muss
und nichts gemeinsam gestalten kann

Inhalt

FdA/IFA

04 *Feminismus und Konfliktbewältigung: Die britische Anarchistische Föderation und ihre Safer-Spaces-Policy*
Ein Interview des A-Radios Berlin

09 *Die "sozialistische" Regierung zerstört unsere Rechte*

Weltweit

12 *Welche Art von Aufstand brauchen wir im irakischen Teil Kurdistans?*

Analyse & Diskussion

14 *Anarchistisch älter werden - (wie) geht das?*

17 *Antisemitismus boykottieren*

21 *Boykott? Auf jeden Fall Solidarität!*

23 *Anarchismus, gesellschaftlicher Wandel und die konkrete Utopie der befreiten Gesellschaft*

Aufrufe

28 *Krieg. Macht. Flucht.*
Aufruf zum War starts here Camp 2016

Kultur & Alltag

30 *Linke Hackordnung*
Ein Gedicht

Termine

31 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen" (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Feminismus und Kofliktbewältigung: Die britische anarchistische Föderation und ihre Safer-Spaces-Policy

★ *Von: Anarchistisches Radio Berlin / Übersetzung: madalton*

Als Anarchistisches Radio Berlin hatten wir die Gelegenheit mit einer Gefährtin der britischen Anarchist Federation über ihre Safer-Spaces-Policy zu sprechen. In diesem Interview erzählt sie uns von den Anfängen dieses Konzepts, den Missverständnissen und den gängigsten Abwehrstrategien sowie von der tatsächlichen Praxis und der ständigen Weiterentwicklung dieser Methode, die sich mit der Konfliktbewältigung in politischen Strukturen befasst und deren Abläufe sich im Fall von körperlichem Übergriffen nach den Bedürfnissen der Betroffenen richten.

A-Radio Berlin: Bei mir ist Emma, ein Mitglied der britischen Anarchist Federation. Wir werden uns über Safer Spaces unterhalten. Könntest du uns als Einstieg kurz beschreiben, was ein Safer Space im Allgemeinen ist?

Emma: Das Konzept der Safer Spaces entwickelte sich im Umfeld der sozialen Zentren und der emanzipatorischen Bewegungen in den USA und wurde zu diesem Zeitpunkt Safe Spaces genannt. Die Idee war, indem wir die Verhaltensweisen definieren, nach denen wir streben, und genauer festlegen, wie wir uns gegenseitig behandeln wollen und wie nicht, können wir ein klareres Bild davon erlangen, wie wir uns ohne Autoritäten, ohne Polizei, ohne Gerichtshöfe und ohne das autoritäre Justizsystem organisieren können und wie wir selbst mit Problemen fertig werden können.

Wir lehnen staatliche Gesetze ab, aber das bedeutet nicht, dass wir andere Menschen einfach schlecht behandeln und uns nicht um sie kümmern. Es geht also darum, eine Möglichkeit zu finden, uns miteinander zu organisieren und uns dabei gegenseitig so zu behandeln, dass wir uns sicher fühlen können. Dann wurden daraus Safer Spaces, denn du kannst niemals garantieren, dass es an jedem Ort vollständig sicher für alle Menschen sein kann. Jede*r hat verschiedene Bedürfnisse, jede*r bringt eine andere Vergangenheit mit, jede*r hat unterschiedliche Erwartungen an Sicherheit. Alles was wir jemals erhoffen können, ist es, die Bestrebungen sich gegenseitig respektvoll zu behandeln, an dem jeweiligen Ort zu etablieren und so den Raum sicherer zu machen, als er anderenfalls sein würde, und sicherer, als wenn wir uns auf den Schutz der Polizei verlassen würden.

Die AFed, die anarchistische Föderation in Großbritannien, begann vor zwei Jahren mit den Überlegungen und Ausarbeitungen zur Safer-Spaces-Policy. Wir würden gerne wissen, wie dieser Prozess ins Rollen geriet, wie die Föderation auf die Idee kam, sich über dieses Thema Gedanken zu machen und wie es schließlich eingeführt wurde?

Wir fingen an über eine Safer-Spaces-Policy nachzudenken, nachdem sich ein paar Konflikte und Vorfälle ereignet hatten, mit denen wir zwar klar gekommen sind, aber wir erkannten, dass wir damit hätten besser umgehen können, wenn wir eine Methode gehabt hätten, an der wir uns hätten orientieren können. Denn manchmal, wenn du versuchst eine schwierige Situation zu bewältigen und die Leute wütend und aufgebracht sind, ist das nicht der günstigste Zeitpunkt, um über eine Lösung nachzudenken. Dann hast du das Gefühl, es wäre gut schon etwas griffbereit zu haben, in dem du nachschlagen kannst, das dich anleiten kann, die Situation zu beruhigen. Und ich arbeitete zu diesem Zeitpukt gerade an einer Safer-Spaces-Policy zusammen mit dem „Next to Nowhere", meinem lokalen sozialen Zentrum in Liverpool. Wir hatten als Gruppe eine ziemlich detaillierte Strategie entwickelt. Es hat einigen Widerstand gegen diese Richtlinien gegeben, es kamen viele Fragen auf, wofür wir eine solche Strategie bräuchten. „Wird sie Probleme machen?, Wird sie zu autoritär sein? Werden wir bestimmte Leute davon abhalten, sich uns anzuschließen?"
Also verbrachten wir einige Zeit damit, über diese Fragen nachzudenken, diese Fragen zu beantworten und zu erklären, warum wir eine Safer-Spaces-Policy benötigen und wofür die einzelnen Bestandteile nötig waren. Am Ende hatten wir eine ziemlich detaillierte Strategie für das „Next to Nowhere" formuliert. Darin beschrieben/erklärten wir für jedes Verhalten, das wir als übergriffig bezeichneten, genau, was wir meinen und was wir nicht meinen, damit sie weniger missbraucht oder fehlinterpretiert werden kann.

Ich brachte dies in die Anarchistische Föderation ein, als wir darüber nachdachten, diese Policy zu erstellen. Und es war unsere Vollversammlung der von Gender-Unterdrückung Betroffenen, das entschied, dass wir die Safer-Spaces-Policy in der Anarchistischen Föderation umsetzen sollen. Also nahm ich dieses Dokument mit zur Vollversammlung der von Gender-Unterdrückung Betroffenen und wir lasen es durch, wir sprachen darüber, wir überlegten, wie wir es auf eine unsere Organisationsform anpassen könnten. Denn „Next to Nowhere" ist ein soziales Zentrum und es dreht sich um einen Raum und darum, diesen Raum sicher zu machen. Die Anarchistische Föderation ist natürlich eine Organisation mit komplexeren politischen Zusammenhän-

kenviertel, Stadion, Altstadt, Wohnhäuser (teilweise beheizt!) ein Industriegebiet und ein Elendsviertel! Insgesamt werden es ca. 520 Gebäude sein, die schon jetzt den Finanziellen Rahmen von 100 Mio. Euro fast ums doppelte sprengen. Ab 2017/18 soll schon geübt werden und 2020 die „Stadt" fertig sein. Auch die Polizei und andere Nato-Truppen werden in der Kriegsübungsstadt ausgebildet! Damit gewinnt die Einrichtung immer mehr an Bedeutung für die NATO und deren künftige Kriege.

KRIEG BEGINNT HIER – STOPPEN WIR IHN HIER!

Wo alles Front werden soll, darf die Auflehnung gegen Militarisierung und Krieg nicht länger alleinige Zuständigkeit von Friedensbewegung und Antimilitarist*innen sein. Militarisierung, „vernetzte Sicherheit", Aufstandsbekämpfung und letztlich Krieg sind immer auch ein Angriff auf alle sozialen und emanzipatorischen Bewegungen und somit gegen alle Menschen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen. Wir wünschen uns ein offenes und selbstorganisiertes Camp verschiedener emanzipatorischer Strömungen. Also vernetzen wir uns international, um zusammen Strategien und Konzepte zu entwickeln und zu diskutieren, Aktionen zu machen und dem militärischen Treiben vielfältigen Widerstand entgegen zu setzen.

WERFEN WIR UNSERE FRAGEN UND DIE ERFAHRUNGEN UNSERER KÄMPFE ZUSAMMEN!

Wir werden – in Anerkennung all unserer Unterschiede – ein gemeinsames internationales Camp gegen die Militarisierung der Gesellschaft und das Gefechts Übungszentrum Altmark aufbauen. In Diskussionen und Aktionen wollen wir von der Bandbreite unserer Kämpfe profitieren. Machen wir der militarisierten Zurichtung der Welt ein Ende! Um effektiven Widerstand aufzubauen, gilt es zunächst zu verstehen, womit wir es bei „neuen" Kriegen zu tun haben. Wo im stillen neben dem Propagandakrieg rund um den Nahen Osten und der Ukraine sich Konflikte zuspitzen, wie z.B. der Bürgerkrieg in Burundi. Was hat sich seit dem Kalten Krieg verändert? Wie positionieren „wir" uns in gegenwärtigen sozialen Bewegungen und zukünftigen Kriegen? Welche Unterschiede zwischen Piratenjagd und Intervention in sogenannte Schurkenstaaten sind bedeutsam oder ist beides nur Ausdruck eines permanenten Kriegszustandes? Finden wir es wichtig, ob dem Konzept der Aufstandsbekämpfung tatsächlich kommende Aufstände zu Grunde liegen? Wie z.B die Gefahrengebiete oder hoch aktuell, der „Nationale Ausnahmezustand" in Frankreich, der nun bis Ende Mai verlängert wurde! Was verbirgt sich alles hinter dem Begriff Terrorismus und wie wird er instrumentalisiert? Und noch wichtiger, wie und wo es mit dem War Starts Here Camp weiter gehen soll? Was soll mit Schnöggersburg und dem GÜZ passieren wenn die Bundeswehr irgendwann hoffentlich nicht mehr existiert?

Gerade jetzt ist es wichtig, Militarisierung, Krieg, Terror und Flucht zusammen zu denken und ihre Ursachen sichtbar zu machen. Ebenso wollen wir praktisch vor Ort beweisen, dass wir den Krieg dort, wo er beginnt auch aufhalten können. Damit sind in diesem Sinne alle Aktionsformen willkommen, die den laufenden Militärbetrieb markieren, blockieren, sabotieren! Manöver finden hier fast täglich statt, das Gelände ist nur teilweise eingezäunt und riesengroß. So bieten sich vielfältige Aktionsfelder: zum Beispiel Schienen, Straßen, Zäune, Gebäude, Wege, Lagerhallen, Überwachungsinfrastruktur, Fahrzeuge, Flugmaschinen, Kommunikationsnetze, Zulieferer, Rüstungsbetriebe...

Wie in jedem Jahr wird es rechtlichen Beistand und natürlich eine KüfA (Küche für Alle) geben!

Werdet Teil des Camps, bringt eure Inhalte mit aufs Camp! Bringt euch in die Mobilisierung ein, schreibt eigene Aufrufe und besucht den nächsten bundesweiten offenen Ratschlag in Magdeburg!
Mehr Informationen zum nächsten Ratschlag, Schnöggersburg, dem GÜZ und dem jahrzehntelangen Widerstand gibt es auf der Homepage www.war-starts-here.camp und natürlich auf dem Camp!

* Das „Wir" richtet sich in dem Aufruf an alle Campenden!

Quelle und weitere Infos

War stats here Let´s stop it here
www.war-starts-here.camp
Camp 25-31.7.2016
Sa 30.7.2016 Aktionstag!

Spendenkonto: War starts here Camp
Konto: 2030420447
BLZ: 43060967 (GLS Bank)
IBAN: DE64 4306 0967 2030 4204 47
BIC: GENODEM1GLS

WAR STARTS HERE *CAMP*

5. Internationales Diskussions- und Aktions-Camp

25.-31.Juli 2016 in der Altmark bei Potzehne /Magdeburg

Krieg. Macht. Flucht.

Aufruf zum War starts here Camp 2016

★ *Von: War starts here*

Bei diesem 5. Camp wollen wir* unser Augenmerk auf die Ursachen und Folgen der kriegerischen Verhältnisse richten und ein wenig über unseren Tellerrand hinaus schauen. Wir hoffen auf viele Menschen, denen das Thema Flucht und Migration ein Anliegen ist, die mit uns darüber diskutieren und auch praktisch eingreifen wollen. Das Camp wird ein Ort dafür sein. Wir wollen eine Diskussion auf Augenhöhe mit allen, die das Gleiche antreibt: die Abneigung gegen die zerstörerischen Verhältnisse weltweit.

In den vergangenen Jahren ist durch die War Starts Here Kampange dezentral und durch das Camp am GÜZ einiges an Aktionen gelaufen. Während des Aktionstages im letzten Camp hat es sogar eine Gruppe bis nach Schnöggersburg geschafft und ein Wohnhaus symbolisch als besetzt markiert! Aber sieht mensch der Realität ins Auge wird die „Stadt" fertiggestellt ohne das der Bau komplett verhindert werden kann! Immer wieder gibt es kleine Erfolge im Widerstand gegen das GÜZ, wie das Absehen von Bußgeldern durch Verweigerung, aber vor allem in der Region ist es am köcheln, wie auch die Neonaziszene, die in Letzlingen am Aktionstag in den vergangenen Jahren immer wieder präsent war. Erst wurde versucht Schnöggersburg geheim zu halten, diese Taktik der Bundeswehr ist nicht aufgegangen und nun veranstaltet sie, durch das Medieninteresse verursacht, regelmäßige „Medientage" und geht plötzlich ganz offen mit der Kriegsübungstadt um. Die Bundeswehr hat nun nach der ersten Pressemitteilung fürs Camp angekündigt, dass in der Campzeit gar keine Übungen statt finden würden, was aus unserer Erfahrung wieder eine Lüge ist, um die campenden Menschen zu diffamieren. Hinzu kommt eine Gegenveranstaltung der Bürgermeisterin von Letzlingen, die wie an den vergangenen Aktionstagen ein Volksfest veranstalten wird! Die Menschen, die dem Camp helfen oder dies vorhatten, werden (auch wirtschaftlich) unter Druck gesetzt dies nicht zu tun. Der Besitzerin der Camp-Wiese wurde mit einer üblen Beleidigung an ihrer Hauswand gedroht „Danke du Anarcho Schlampe dein Haus wird brennen" die Regionale Presse hat dies völlig verharmlost und den Camp Teilnehmer*innen zugeschoben. Durch die vergangenen 4 Camps hat sich in der Bevölkerung einiges getan, wir finden es ist wichtig, an dieser Kontinuität anzuknüpfen, sind aber auch offen dafür, dass ein anti-militaristisches Camp auch an anderen Orten statt finden kann und muss, an Orten wo der Krieg ebenfalls beginnt.

SCHNÖGGERSBURG

Hier im GÜZ bündeln sich viele Facetten von Krieg und Militarisierung nach Außen und Innen, auf einer Fläche von 230km² mit verlassenen Dörfern, Wald und Heide, wird mit modernster Lasertechnik Krieg geübt. Auf der Baustelle der gigantischen Kriegsübungsstadt „Schnöggersburg", die der Erprobung städtischer Aufstandsbekämpfung dienen soll, sind schon große Teile der Stadt fertiggestellt. Die Stadt hat schon die erste U-Bahn Station Sachsen Anhalts, dazu kommt ein Bangen als ein soziales Zentrum. Sie beschränkt sich auch nicht auf einen einzigen Crt. Daher gab es einige Dinge, die wir anpassen mussten, wir ergänzten bspw. einen Abschnitt für politische Beschwerden, was für das „Next of Nowhere" nicht relevant war. Im Grunde überarbeiteten wir die „Next to Nowhere"-Policy für die Anarchistische Föderation, behielten jedoch eine Menge dieser Einzelheiten, bezüglich was wir meinen und nicht meinen mit übergriffigen Verhaltensweisen. Wir schauten uns besonders die Verfahren an und welche Verfahren für uns funktionieren könnten, wie wir dann tatsächlich damit umgehen, wenn irgendwer übergriffiges Verhalten meldet. Welche Schritte folgen dann, wie durchlaufen wir das Verfahren?

Du hast gerade die Vollversammlung der von Gender-Unterdrückung Betroffenen erwähnt, vermutlich wissen nicht viele Leute, um was es sich handelt. Kannst du es uns kurz erläutern?

Kurz bevor wir anfingen, uns mit Safer Spaces in der AF zu beschäftigen, hatten wir festgestellt, dass wir unsere feministische Analyse und Praxis verbessern müssen. Die Frauen und Trans*Menschen - das sind Trans*Frauen, Trans*Männer und nicht-binäre Personen in der AF – wir alle wollten uns über die Themen austauschen, die uns als Menschen, die keine Cis-Männer sind, beeinflussen. Zuerst wurde es die Vollversammlung der Frauen genannt, aber wir erkannten, dass dies nicht der Name für eine Vollversammlung sein konnte, bei der auch Trans-Männer anwesend waren. Deshalb nennen wir es nun die Vollversammlung der von Gender-Unterdrückung Betroffenen. Grundsätzlich wurde dies ein sehr wertvoller Raum, eine Möglichkeit über Dinge zu reden, die viele ungern bei Treffen zur Sprache bringen, die von Cis-Männern dominiert werden. Wir fühlten uns oft ziemlich defensiv/zurückhaltend, wenn wir Themen vorbringen mussten, die sich um Feminismus und Trans-Fragen drehten, während der Raum voll von Leuten war, die gar nichts über Feminismus wissen oder die diesen Themen ziemlich abwehrend gegenüber standen, die dachten, es sei ein Vorwurf, wenn wir feministische Themen ansprachen. Deshalb fühlten wir uns selbstbewusster, wenn wir diese Themen in einem eigenständigen Raum aufbringen konnten. So schnitten wir auch erstmals das Thema der Safer Spaces an. Es bleibt noch zu sagen, dieses Gremium ist keine Form des Separatismus darstellt. Es geht nicht darum, dass wir darüber überhaupt nicht mit Cis-Männern sprechen können. Sie bietet uns lediglich eine Möglichkeit dar, an einem Ort untereinander zu diskutieren, wo wir uns selbstbewusster fühlen, um die Themen anschließend in der gesamten Föderation zur Sprache bringen, was wir dann auch taten und was wirklich konstruktiv war und eine Menge guter Anstöße bewirkt hat.

Bevor wir auf Einzelheiten eingehen, was die Safer-Spaces-Policy beinhaltet, möchte ich gerne etwas von den Kritikpunkten wissen, die aufkamen. Du hast zuvor Vorbehalte erwähnt. Kannst du diese kurz erläutern und vielleicht auch darauf antworten?

Diese kamen teilweise vom „Next to Nowhere"-Kollektiv und teilweise von der Anarchistischen Föderation. Diese spezielle Strategie wurde mittlerweile von ziemlich vielen Organisationen übernommen, die Kritik kommt also nicht von nur einem bestimmten Ort. Aber ziemlich oft, wenn wir die Idee von Safer Spaces zur Sprache bringen oder die Richtlinien, wie wir miteinander umgehen sollten, besonders dann, wenn es im Kern um Feminismus geht, bekommt mensch ziemlich abwehrende Reaktionen – im Speziellen von einer bestimmten demografischen Gruppe, die tendenziell weiße, heterosexuelle Cis-Männer umfasst, die denken, es sei eine Art Verschwörung gegen sie oder dass wir versuchen sie aus radikalen Räumen auszuschließen oder dass wir sie wegen irgendwas anklagen werden. Die Leute werden ziemlich abwehrend. Wir verbringen eine Menge Zeit mit Erklärungen, es ist ziemlich stressig und ziemlich anstrengend. Wir müssen es immer und immer wieder erklären. Wenn wir unsere Strukturen wirklich ändern wollen, wenn wir Anarchist*innen sind, wenn wir an eine bessere Welt glauben, wenn wir daran glauben, dass wir die Menschen auch ohne Autoritäten respektvoll behandeln werden, dann müssen wir in der Lage sein, Kritik anzunehmen und wir müssen erkennen, dass wir nicht perfekt sind. Wir kommen aus einer Gesellschaft, in der Patriarchat, Rassismus, das weiße Überlegenheitsgefühl, Cis-Normativität oder Heteronormativität vorherrschen. Und diese Dinge verschwinden nicht, weil wir uns entscheiden radikal zu sein, anarchistisch zu sein. Wir bringen all diese Dinge mit in unsere radikalen Räume. Wir können diese Dinge nur aus unseren Räumen und der Gesellschaft heraus befördern, wenn wir anerkennen, dass es sie gibt.

Also zuerst haben die Leute eine Menge Einwände gegen die Safer-Spaces-Policy, da sie denken „Ihr braucht uns nicht erzählen, wie wir uns zu verhalten haben. Wir sind vernünftigte Menschen, wir sind gute

Menschen. Wir werden Probleme schon irgendwie klären, wenn sie auftauchen."
Aber im Laufe der Zeit wurde in der Praxis deutlich, dass wir dazu nicht in der Lage sind. Denn wenn ein Problem auftaucht und du jemandem sagst, „Schau mal, was du gesagt oder getan hast, war sexistisch, das hat eine andere Person verletzt" oder „die Art, wie du versucht hast freundlich zu sein und geflirtet hast, hat jemand anderes als Belästigung erlebt und es hat die Person sehr verunsichert", dann werden die Leute sehr abwehrend. Und wenn jene übergriffigen Verhaltensweisen nicht vorab definiert worden sind und du nicht erklärt hast, warum wir so nicht miteinander umgehen, dann, anstatt zu überdenken und daraus zu lernen, wenn Leute bestimmte Verhaltensweisen kritisieren, sagen sie nur „Ich habs nicht so gemeint, deshalb ist das kein Problem."

Ja, es ist mit einer Menge Bildungsarbeit verbunden. Das Gute an der Umsetzung einer Safer-Spaces-Policy ist, dass alle einbezogen werden bei der Entwicklung oder bei den Diskussionen und Entscheidungsprozessen, was jene Verhaltensweisen sind, welche wir von einander erwarten und welche wir anstreben. Und diese Bildungsarbeit zu Konsens und zu Feminismus und zu Antirassismus ist ein Teil des Weges, diese Policy zusammenzusetzten.

Was sind die Kernpunkte der Safer-Spaces-Policy?

Als erstes haben wir definiert, was wir als übergriffige Verhaltensweisen verstehen. Wir haben diese derzeit in zwei Kategorien eingeteilt: Es gibt körperliche und psychische Misshandlungen.
Unter körperliche Misshandlungen fallen Kämpfe, körperliche Angriffe, sexualisierte Übergriffe, Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen. Wir beziehen sexuelle Belästigung bei körperlichen Misshandlungen mit ein, auch wenn sie verbal sind, weil sie eine Androhung körperlicher Gewalt darstellen.

Unter psychische Misshandlungen fassen wir Beschimpfungen, wozu Anschreien und verbale Angriffe zählen, nicht bloß allgemeines Anschreien, sondern Anschreien auf eine aggressive und beleidigende Weise. Außerdem fällt darunter unterdrückende Sprache, also eine sexistische, rassistische, homophobe, transphobe Ausdrucksweise, wobei es oftmals etwas Bildungsarbeit benötigt, um diese zu erkennen. Es ist kein sofortiger Ausschlussgrund, wenn du eine solche Sprache verwendest, du solltest nur offen sein, Kritik anzunehmen, offen sein, deine Ausdrucksweise zu ändern, wenn dir jemand sagt, dass deine Sprache sie unterdrückt.
Dann haben wir emotionale und psychologische Misshandlung: Dinge wie Mobbing, in den Wahnsinn treiben und eine Menge verschiedener einschüchternder Verhaltensweisen, die wir darunter festlegen.

Und dann haben wir noch schriftliche Misshandlung, also alle anderen nicht-körperlichen Misshandlungen, aber in geschriebener Form: Online-Kommunikation, in sozialen Netzwerken, auf Mailinglisten.

Nachdem wir jene Verhaltensweisen definiert hatten, haben wir eine Zusammenstellung von häufig gestellten Fragen eingefügt, die vor allem die Themen beinhalten, die bei der Umsetzung der Policy aufkamen und die Einwände, welche die Leute gehabt haben, und wie wir auf jene Fragen geantwortet haben.

Und dann folgen die Verfahren, die nicht so kompliziert sind, wie sie aussehen. Zunächst haben wir einige Flussdiagramme, wir haben Erklärungen zu jedem Schritt der Diagramme. Wir haben dies so erarbeitet, denn wenn etwas passiert ist, was Leute wütend oder ängstlich gemacht hat, solltest du an diesem Punkt nicht lange darüber nachdenken müssen, wie du mit der Situation fertig wirst. Es ist dann gut etwas Detailliertes zur Hand zu haben, dass dir Schritt für Schritt erklärt, wie du vorgehen kannst. Das heißt aber nicht, dass es zwingend genau so durchgeführt werden muss und du es nicht auf andere Weise machen kannst. Aber dieser Leitfaden hilft dabei, sicherzustellen, dass du an alles gedacht hast und keine Fehler machst, die die Situation viel schlimmer werden lassen.

Und was passiert, falls diese Verfahren versagen?

Eines der Verfahren, handelt tatsächlich davon, was wir nach einem gescheiterten Verlauf tun, und es stellt sicher, dass wir Dinge nicht unter den Teppich kehren. Was wir tun, wenn ein Verfahren, z.B. ein Konfliktbewältigungsverfahren, daran gescheitert ist, das Problem zwischen den betroffenen Personen zu lösen... Nun normalerweise hat das zur Folge, dass eine Person das Verfahren verlässt und eventuell aus der Organisation austritt, oftmals weil sie nicht wirklich das Problem mit der anderen Person lösen will, sie will weglaufen, sie will nichts mehr damit zu tun haben. Deshalb stellen wir sicher, dass dies in solchen Fällen nicht das Ende der Streitfrage ist. Nur weil jemand gegangen ist, löst sich das Problem nicht in Luft auf. Wir hinterfragen, was das eigentliche Problem war, und falls es ein problematisches Verhalten gegeben hat, dann befassen wir uns als Organisation immer noch damit, auch wenn die beteiligte Einzelperson gegangen ist. Als eine Organisation wollen wir sicherstellen, dass wir unsere Mitglieder und Gäste nicht gefährden und dass wir diesen Vorfall trotzdem besprechen und dem etwas entgegenstellen.

Könntest du einige Schritte des Verfahrens hervorheben? Greif ein Beispiel heraus.

Ok, angenommen zwei Mitglieder haben ein persönliches Zerwürfnis und sie haben einen großen Streit, sie wollen nicht im selben Raum sein, sie wollen nicht zu den gleichen Treffen gehen oder miteinander reden. Dann versuchen wir zu vermitteln. Es gibt einige Schritte in dem Ablauf, die wir durchgehen, um herauszufinden, ob es körperliche Misshandlungen irgendeiner Art gab, weil falls es diese gab, führt dies zu einem an dem Betroffenen orientierten Verfahren. Wenn nicht, dann greift die Konfliktbewältigung. Falls es zu einem Konfliktbewältigungsverfahren kommt, dann versuchen wir eine*n Mediator*in anzubieten. Weil wir eine ziemlich kleine Föderation sind, kann es oftmals sehr schwierig werden, eine vermittelnde Person zu finden, die nicht am Streit beteiligt ist oder die nicht irgendwie in enger Freundschaft zu den

können sie Ausdruck und Bestandteil von sich bereits wandelnden Verhältnissen und einem sich verändernden kollektiven Bewusstsein darüber sein. Ihr emanzipatorischer Gehalt liegt demnach zunächst „nur" darin, dass sie die Kontingenz in der Weiterentwicklung der Gesellschaft aufzeigen, d.h offenbaren, dass es auch ganz anders sein könnte.

Deswegen müssen anarchistische Vorstellungen dort hinein getragen werden, wo Potenziale für die Entwicklung der befreiten Gesellschaft gesehen werden. Im Anschluss liegt die Hoffnung darin, dass die Irritation und das Unbehagen über die Probleme, welche die gegenwärtige Gesellschaft notwendigerweise hervorbringt, Menschen dazu veranlassen, ihr Bewusstsein über die Verhältnisse zu entwickeln, sich zu politisieren und aktiv nach anderem zu streben. Die Widersprüche, welche im Bestehenden enthalten sind, führen zum Widerspruch gegen das Bestehende, wenn dessen Veränderbarkeit begriffen und erfahren wird und ihm eigene Werte und Vorstellungen entgegengesetzt werden können. Dabei geht es um ganz alltägliche und unspektakuläre Auseinandersetzungen, die als Experimentierfelder dennoch den Boden für Befreiungsprozesse bereiten. Es geht um die Fluchtbewegung einer durchaus anderen Gesellschaft, die nicht fixiert aber entdeckt und entwickelt werden können.

Literaturauswahl:

• Ulrich Bröckling/Robert Feustel (Hrsg.), Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld 2010.
• Cornelius Castoriadis, Autonomie oder Barbarei, in: Michael Halfbrodt/Harald Wolf (Hrsg.), Cornelius Castoriadis. Ausgewählte Schriften, Band 1, Lich/Hessen 2006.
• Hans Jürgen Degen (Hrsg.), Anarchismus heute. Positionen, Bösdorf 1991.
• David Graeber, Revolution in Reverse. Essays on Politics, Violence, Art, and Imagination, London/New York/Port Watson 2012.
• John Holloway, Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2002.
• Jürgen Mümken, Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis, Lich 2004.
• Otthein Rammstedt (Hrsg.), Anarchismus. Grundtexte zur Theorie und Praxis der Gewalt, Köln 1969.
• Christoph Spehr, Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, Berlin 2003.

Frequenz A versucht über aktuelle Konflikte und Themen aus einer antiautoritären beziehungsweise anarchistischen Perspektive zu berichten. Es geht uns darum eine Auseinandersetzung mit Themen anzuregen, welche einen vorgegebenen Rahmen verlässt.

Themen der letzten Ausgaben waren: Rape Culture, Besetzungen, Soli-Fest am Lager Horst, Hungerstreik in Griechenland, Interview mit Lutz Balding über 33 Jahre Knast und Sicherungsverwahrung, anarchistische Elemente in Rojava?, Gefangenengewerkschaft, Verdeckte Ermittlerin in Hamburg enttarnt, Kampf im Hambacher Forst, Anarchistische Bewegung in Chile, Crimethinc zu Ferguson, WM & Widerstand, kämpfende Gefangene, Anarchistische Bewegung in Portugal und vieles mehr...

anarchistischer podcast
Mitte des Monats unter
frequenza.noblogs.org

Anzeigen

auf ihren emanzipatorischen Gehalt zu überprüfen, in diesen – auch durch Kritik – Inspiration zu finden und somit die Potenziale aufzuzeigen, welche das Bestehende nach anarchistischen Vorstellungen und Werten beinhaltet. Im Zuge dessen wird deutlich, wo seine Grenzen liegen und dass es diese einzureißen und die Grenzziehungen zu durchkreuzen und zu sabotieren gilt. Es geht hierbei also um die Erweiterung unserer kollektiven Vorstellung, sowie der Mittel ihrer Verwirklichung. Diese Demokratisierung der Erzeugung sozialer Realität setzt sich nach antiautoritärer Maxime aus allen zusammen, die sich daran beteiligen wollen und können, weswegen sich die eigenen Vorstellungen stets nur ausgehandelt und verändert verwirklichen lassen. Drittens drängen Anarchist*innen, weil ein radikaldemokratischer Prozess aufgrund der Herrschaftszustände keineswegs automatisch zu emanzipatorischen Ergebnissen führt, auf eine Diskussion darüber, was Emanzipation beinhalten soll und wie sie erreicht werden kann. Dies kann nicht mit festen Vorstellungen über die zu verwirklichende Gesellschaft geschehen, sondern nur in Form von Vorschlägen, Anregungen und besser noch Beispielen.

Dennoch lassen sich anarchistische Fluchtbewegungen zur befreiten Gesellschaft nachzeichnen: 1) Sie beruht auf **radikaldemokratischen Prozeduren** zur kollektiven Willensbildung. Grundsätzlich gibt es Spannungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, welche sich aus der gewollten Heterogenität ergeben – die Frage ist, wie sie ausgetragen und vermittelt werden. Herrschaftsfreiheit bedeutet nicht die Auflösung unterschiedlicher Interessen, sondern ist der Versuch einer Konsensfindung. Einzelne Gruppen oder Individuen steht es frei, ihre Zusammenhänge zu verlassen und sich anderen Gruppen anzuschließen. Eine autonome Gesellschaft gibt sich in reflektierter Form, ihre eigenen Gesetze. Autonome Individuen erkennen diese an, was ohne sich selbst zu täuschen nur gelingt, insofern sie an deren Aufstellung und der Ausübung der Macht vollständig teilnehmen können.

2) Die befreite Gesellschaft besteht aus einem **solidarischen Netzwerk** von Millionen Gruppen, welche sich aus autonomen Individuen (beispielsweise themenbezogen, aus persönlicher Sympathie, als arbeitendes Kollektiv und/oder aufgrund der räumlichen Nähe) zusammensetzen. Gruppenzusammensetzungen und Gruppenbeziehungen ändern sich permanent, sodass es dauerhafter Überlegungen bedarf, wie das Soziale zu gestalten ist. Selbstgesetzgebung und Selbstorganisation nehmen je nach Funktion, Inhalt und Zusammensetzung einzelner Gruppen verschiedene Ausprägungen an. Teilweise werden sie sehr viele Regeln haben, teilweise gar keine explizit benannten. Entscheidend ist ihre prinzipielle Änderbarkeit und fortwährende Überprüfung. Ziel ist es die Anwendung von Zwangsmitteln zu verunmöglichen. Dies gelingt, wenn Individuen sich in mehreren Gruppen bewegen, welche im fortwährenden Austausch stehen und die Etablierung von Hierarchien permanent kritisieren.

3) Die befreite Gesellschaft ist **kommunistisch**. Dies besagt, dass die Eigentumsverhältnisse aufgehoben und Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Somit tritt eine egalitäre Verteilung von Lebenschancen und materiellen Gütern (vor allem aber deren kollektive Nutzung) ein. Ein bedingungsloses Anrecht auf eine menschenwürdige Versorgung ohne jeden Bedürftigkeitsnachweis gibt es für alle. Jede*r kann sich nach ihren*seinen Bedürfnissen versorgen und nach entsprechenden Fähigkeiten und Möglichkeiten zum gemeinsam produzierten Reichtum beitragen. Eine Bewertung der jeweiligen Tätigkeiten unterbleibt tendenziell, zumal sie überflüssig wird, wo Menschen aus ihren Interessen heraus zum Gemeinsamen beitragen.

4) Die befreite Gesellschaft ist **grenzenlos**. Ihre Verwirklichung in einer abgeschotteten Region ist nicht vorstellbar. Sie kann nur global entfaltet werden und setzt sich als Ziel alle Grenzziehungen zwischen Gruppen und Menschen zu hinterfragen und zu überwinden, ob sie auf Fachwissen, Alter, Geschlecht, Sexualität, vermeintlicher Leistungsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen etc. beruhen. Wo Reichtum vergemeinschaftet und Produktion kollektiv organisiert ist, sowie Einzelne in all ihren Gruppenverwobenheiten die soziale Wirklichkeit autonom und bewusst produzieren, besteht keine Ausgrenzung mehr.

In diesen Fluchtbewegungen spiegeln sich die anarchistischen Basisprinzipien wider. Anhand derer angestrebten Verwirklichung können Versuche gesellschaftlicher Alternativen gefasst, diskutiert und kritisiert werden. Freiwillige Assoziation, Selbstorganisation, Kooperation, Hierarchiekritik/Herrschaftskritik und andere sind keine hohlen Phrasen mehr, wenn Menschen sie bewusst umsetzen wollen oder auch unbewusst ihre kollektiven Handlungen nach ihnen ausrichten. Um an dieser Stelle einen Begriff wie „Alternativen" einzuführen sei zunächst all das verworfen, was heute das Label „alternativ" trägt. Die individuelle Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche und eine Lebensstiländerung von Einzelnen können nicht Triebkraft emanzipatorischer Veränderung sein, wenn sie nicht zugleich danach streben, ihre Interessen kollektiv zu organisieren und darüber hinaus Kämpfe zu verbinden. Beispiele für gesellschaftliche Alternativen können nicht dingfest gemacht werden, sondern sind an Einzelfällen zu untersuchen. Dennoch

beteiligten Personen steht. Dann müssen wir versuchen eine schlichtende Person von einer anderen Organisation zu finden. Aber wir werden in jedem Fall versuchen eine Person zu holen, mit der die beiden streitenden Personen zufrieden sind. Oder wir werden eventuell zwei schlichtende Personen hinzuziehen, für jede Person eine und danach sprechen die Mediator*innen miteinander. So beginnen wir erst mal und das Ziel ist nicht, zu ergründen, was genau passiert ist oder zur objektiven Wahrheit zu gelangen oder die Beweise zu untersuchen oder festzulegen, wer im Recht ist und wer Unrecht hat. Es geht darum, herauszufinden, welche Verhaltensweisen die Leute dazu brachten, sich unsicher zu fühlen, und was wir ab jetzt tun können, damit sie sich wieder sicher fühlen können. Nicht selten nennen die Leute dann ein Verhalten, wie beispielsweise diese Person hat mich angeschrien oder hat mich aufgeregt oder nannte mich dies. Wir könnten dann festlegen, welche Dinge sie nicht mehr tun sollten und wir können fragen: Was müssten sie tun, dass du dich wieder sicher fühlen kannst und dass das nicht noch einmal passiert? Willst du, dass sie sich entschuldigt? Möglicherweise waren sie zu diesem Zeitpunkt betrunken und sie verhalten sich immer so, wenn sie betrunken sind, dann könnten wir raten, sich auf Treffen nicht mehr zu betrinken. Wir werden versuchen Lösungen zu finden, die für jeden individuellen Konflikt funktionieren und mithilfe des Mediationsverfahrens hoffen wir, dass sich die Leute darüber einig werden, was falsch lief, was den Konflikt ausgelöst hat und was sie tun können um ihn zu überwinden.

Das kann lange Zeit dauern, es passiert nicht auf der Stelle und es ist nicht leicht und mühelos, es ist eine langfristige Sache. Es braucht eine Menge Engagement, es kann beschwerlich sein. Aber wenn die beteiligten Personen wirklich an einer Lösung interessiert sind, dann funktioniert es normalerweise auch. Wo es dazu neigt nicht zu funktionieren, ist, wenn eine Person sich nicht an dem Verfahren beteiligt, um die Situation zu klären, sondern um die andere Person schlecht dastehen zu lassen. Das Konfliktbewältigungsverfahren betrachtet aber die Verhaltensweisen aller beteiligten Personen, deshalb scheitert diese Absicht meistens, da auch ihr eigenes Verhalten schlecht aussehen wird.

Und in der Safer-Spaces-Policy habt ihr Verfahren für jede Art von Übergriffigkeit?

Für körperliche Misshandlung verwenden wir ein an Betroffenen orientiertes Verfahren der Konfliktbewältigung, die ich gerade beschrieben habe. Wenn eine Person körperlich angegriffen worden ist, gibt es offensichtlich eine viel größere, unmittelbare Gefahr. Wir versuchen nicht, dass die betroffene Person sich mit einer Person zusammensetzt, von der sie angegriffen wurde, um sich mit ihr auszusprechen. Und wir versuchen nicht, ihn*sie in die Position zu versetzen, die eigenen Verhaltensweisen verteidigen zu müssen, weil dies offensichtlich sehr traumatisierend sein kann. Wenn also eine Person körperlich oder sexuell misshandelt worden ist, wenden wir einen Betroffenen orientiertes Verfahren an: Die Person, die misshandelt worden ist, bestimmt wie das Verfahren von da an läuft. Was der*die Täter*in tun müsste, damit sie sich sicher genug fühlen kann, um wieder Teil der Organisation zu sein. Das an den Betroffenen orientierte Verfahren führt zu einer sofortigen Sperrung der übergriffigen Person. Danach geht es um das, was für die betroffene Person geschehen müsste, damit die übergriffige Person wieder Teil der Organisation sein könnt. Es kann sein, dass die betroffene Person das auf keinen Fall will, was auch völlig in Ordnung ist. Aber oftmals gibt es den Versuch, dass diese Person einfach nur mehr Wissen benötigt oder ihr Verhalten verstehen und ändern müsste und dass sie mithilfe von Freund*innen daran arbeiten könnte. Ziemlich oft läuft es hinaus auf transformative Gerechtigkeit hinaus, dass die Person im Stande ist, ihre Verhaltensweisen zu ändern und zu verstehen, was sie falsch gemacht hat. Manchmal funktioniert es und manchmal nicht. Und wenn es scheitert, ist es sichtlich erschütternd für alle Betroffenen. Was wir jetzt nicht mehr geschehen lassen wollen, was aber früher schon mal passiert ist, ist dass wir viel Mühe in einen dieser an den Betroffenen orientierten Verfahren stecken, um der übergriffigen Person zu helfen, ihr Verhalten zu verändern und sich alles nur um die übergriffige Person dreht. Das kann sehr an den Nerven der betroffenen Person zehren und sie retraumatisieren. Deshalb versuchen wir sicherzustellen, wenn wir viel Mühe hinein stecken, dann nur, wenn es eine gute Chance gibt, dass es funktionieren wird. Wenn diese nicht besteht, sind wir auch bereit Abstand von dieser Person zu nehmen und wenn nötig auch andere Organisationen darüber zu informieren, was geschehen ist, zu ihrer eigenen Sicherheit.

Es sind jetzt zwei Jahre vergangen, seit ihr diese Methode eingeführt habt. Kannst du uns von den gemachten Erfahrungen damit berichten? Hattet ihr welche?

Wir haben eine ganze Menge Erfahrungen mit dem Verfahren gemacht. Ich werde nicht auf jeden einzelnen Fall eingehen, weil wir soweit wie möglich die Diskretion wahren wollen. Wir hatten jedoch einige Konfliktbewältigungen sowie ein oder zwei an Betroffenen orientierte Verfahren. Und das meiste, was ich dir gerade erzählt habe, geht aus jenen Erfahrungen hervor. Eines möchte ich jedoch anmerken: Wenn wir über Safer Spaces reden, klingt es oftmals sehr negativ. Es klingt, als ob nur schreckliche Dinge passiert sind und wir keine Lösung gefunden haben. Aber die Sache ist die, gerade wenn es nicht zu einer Bewältigung kam,

gerade wenn schreckliche Dinge passiert sind, dann ist es wichtig darüber zu sprechen – natürlich nicht die Einzelheiten, aber die notwendigen Informationen, um die Sicherheit der Leute zu gewährleisten.

Was häufig nicht so bekannt wird, sind die Fälle, bei denen eine Person ein Safer-Spaces-Verfahren genutzt hat, weil sie gerade Schwierigkeiten mit einem*einer Gefährt*in hat und es ihre Fähigkeit beeinträchtigte, zusammen in einer politischen Organisation zu arbeiten. Und daraufhin gab es eine Mediation und ein Verfahren und sie kamen zu einer Lösung und es wurde klar, was das Problem war. Und von da an wurde es viel besser und sie waren wieder in der Lage miteinander zu arbeiten.
Also ja, dies geschieht auch. Es ist auch eine nützliche Methode, um unsere Konflikte zu lösen und zu lernen, besser zusammenzuarbeiten, was eine wichtige Sache ist.

Seid ihr mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden? Und arbeitet ihr immer noch daran?

Wir arbeiten ständig daran. Es ist ein lebendiges Dokument und jedes neue Verfahren, ob erfolgreich oder gescheitert, hilft die Verfahren zu verbessern. Wir arbeiten ebenso an einigen neuen Leitfäden. Wenn dann jemand ein Verfahren will, anstatt dann wie zuvor auf die Diagramme zu verweisen und dann zu mediiren, versuchen wir Handzettel zur Verfügung zu stellen darüber, wie ein solches Verfahren abläuft, was möglicherweise dabei herauskommt und was die Personen wahrscheinlich investieren müssen.

Wir gehen viel mehr ins Detail, wie es mit größerer Wahrscheinlichkeit funktionieren kann. Und worauf wir inzwischen mehr achten ist, ob ein Verfahren voraussichtlich nicht erfolgreich verlaufen wird. Denn wenn es nicht wirklich das ist, was eine Person will - sie mag sehr gute Gründe dafür haben, dass sie keine Bewältigung möchte - aber wenn eine Konfliktbewältigung nicht das ist, was beide Personen wollen, dann wird das Verfahren nicht erfolgreich sein und sie wollen vielleicht nach einer anderen Möglichkeiten suchen. Es gibt eine Menge Diskussionen darüber, ob wir lieber Safer Spaces haben sollten oder direkte Interventionen in Bezug auf sexualisierte Gewalt und meine Antwort darauf ist: Wir sollten beides haben. Es gibt Situationen, wo das eine angemessen ist, und es gibt Umstände, wo das andere angemessen ist. Und beide müssen von den Betroffenen angeleitet sein.

Falls die Leute, die gerade dieses Interview anhören, Interesse haben, mehr über diese Policy zu erfahren, sie vielleicht herunterladen oder euch auf irgendeine Weise anschreiben wollen – wie können sie dies tun?

Okay, ihr könnt die Anarchistische Föderation kontaktieren bzw. wir haben eine Menge E-Mail-Adressen auf unserer Homepage. Derzeit könnt ihr mich unter secretary@afed.org.uk kontaktieren, weil ich momentan die Verantwortliche für die Föderationsangelegenheiten bin, aber wenn ich es nicht mehr bin, wird die neue Verantwortliche die Anfrage weiterleiten an die dann verantwortliche Person. Und ja, stellt auf alle Fälle Fragen. Wenn ihr eine Kopie der Safer-Spaces-Policy möchtet, gibt es eine Zusammenfassung auf der Homepage. Eine detaillierte Fassung findet ihr in unserem Mitgliederhandbuch, das ebenfalls als PDF auf unserer Homepage herunterladbar ist. Werft einen Blick hinein und teilt uns mit, was ihr darüber denkt.

Vielen Dank!

Quelle und Audio (EN)

http://aradio.blogsport.de/2016/02/26/a-radio-in-english-feminism-and-conflict-resolution-the-anarchist-federation-britain-and-its-safer-spaces-policy/

Weitere Infos

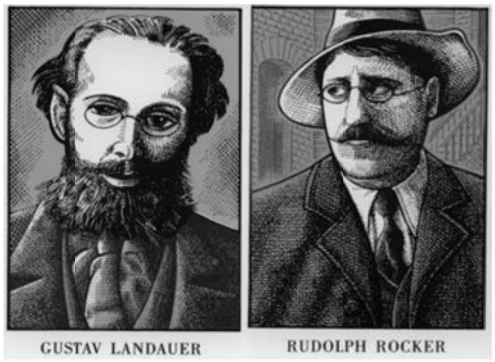
https://afed.org.uk/
https://afed.org.uk/about/safer-spaces/
http://aradio.blogsport.de/

Anzeigen

werden kann. In einer Gesellschaft, in der es kein Außerhalb der Herrschaft gibt, werden die Subjekte konstituiert, indem sich Menschen gesellschaftlichen Normen unterwerfen. Somit werden sie in den Verhältnissen handlungsfähig, allerdings nicht in emanzipatorischer Hinsicht, welche darin bestünde, Gesellschaft unmittelbar, kollektiv und autonom zu gestalten. Widerständige Subjekte auszubilden verlangt in der lebensweltlichen Realität immer eine Verarbeitung und Überarbeitung der bereits vorfindlichen fetischisierten Strukturen. Diese Beeinflussung von Subjektivierung macht ihre emanzipatorische Mitgestaltung möglich, wodurch diese sich als eigenes Kampffeld darstellt.

Mit einer vergleichbaren Herangehensweise kann auch der **Staat (2)**, in seiner erweiterten Form (institutioneller Apparat, Zivilgesellschaft, verinnerlichte Obrigkeit) gedeutet werden, was die Perspektive auf das Ziel seiner Abschaffung deutlich verschiebt. Eine „anarchistische" Staatstheorie, welche mit gutem Grund und Realitätssinn an der Überwindung von Staatlichkeit festhält, muss sich deswegen umso mehr mit der Komplexität dieses Gegenstandes befassen. Der Staat ist eben kein „Ding", der einfach zerstört werden könnte oder dessen es sich zu bemächtigen gilt. Er ist ein Verhältnis zwischen Menschen, wobei in konkreten Auseinandersetzungen sichtbar wird, wie Staat Herrschaft organisiert und Ausdruck ebendieser ist. Entwickelt man davon ausgehend analytische Beschreibungen, liegt es auf der Hand, dass eine reflektierte antistaatliche Haltung nicht lediglich an der Oberfläche gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse kratzt, sondern durchaus auf ihren Kern und ihre konkrete Ausprägung zielt.

In Bezug auf **reale gesellschaftliche Alternativen (3)** ergibt sich bei klassischen Anarchist*innen daher ein zweischneidiges Bild. Gustav Landauer erweckt den Eindruck, in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und kommunitären Lebensformen wäre die Anarchie quasi schon verwirklicht. Gleiches könnte von Rudolf Rocker in Bezug auf das Syndikat gesagt werden oder die Künstlerkreise, auf welche sich die Bohéme bezog. Andererseits aber wurde die Idee der sozialen Revolution gerade im Unterschied zu reformistischen Strömungen im Blick behalten und eben durch die verschiedenen Formen konkreter Utopie propagiert. Gewiss ist ein Begriff wie soziale Revolution wiederum


GUSTAV LANDAUER RUDOLPH ROCKER

nicht an sich emanzipatorisch oder überhaupt aussagekräftig. Dennoch verweist er immerhin explizit auf eine gesamtgesellschaftliche Verwobenheit der jeweiligen Aktivität, die zu einem Verständnis von Revolution als einen umfassenden und langfristigen Prozess führt, der eben nicht mit der Übernahme politischer Macht identisch ist.

Politische Bewegungen (4) selbst sind Untersuchungsgegenstand anarchistischer Gesellschaftsanalyse. Sie stellt sich die Fragen, welche Ansätze langfristig Erfolge haben, gesellschaftliche Relevanz gewinnen, die Kräfteverhältnisse verschieben oder reale Alternativen aufbauen. Welche multiplen Bedingungen zusammen kommen müssen, damit Menschen sich politisieren, möglicherweise gar ein revolutionäres Subjekt bilden, welches kein bestimmtes Milieu bezeichnet, sondern eine politische Entität, die sich aus Menschen zusammensetzt, die den herrschenden Zustand im emanzipatorischen Sinne überwinden wollen? Welche Strategien und Taktiken wurden angewandt und welche von ihnen haben sich bewährt, sind gescheitert oder waren schon im Ansatz falsch?

In der Analyse bestehender Verhältnisse scheint das Potenzial ihrer Überwindung schon auf. Anders als aus vorhandenen Widersprüchen ist gesellschaftliche Entwicklung nicht vorstellbar. Dass eine andere, herrschaftsfreie Welt, schon in Ansätzen existent und dennoch ganz und gar nicht verwirklicht ist, ist ein Paradoxon, welches sich nicht auflösen lässt. Anarchist*innen wollen in widersprüchlichen Verhältnissen auf notwendig unzulängliche und bruchstückhafte Weise emanzipatorisch handlungsfähig werden. Sie streben keine Perfektion in ihrem Denken und Handeln an, sondern betonen den experimentellen Charakter jeder radikalen (Anti)Politik. Hierbei geht es nicht um blinden Aktionismus, sondern um reflektierendes Handeln, das die Chancen seiner Reflexion auf dem Weg gewinnt, auf den es sich begibt. Unabhängig von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen ist anarchistisches Handeln darum stets ein Spiegel der jeweiligen Zeit, da es auf diese Bezug nimmt und in sie intervenieren will. Bewegt sich anarchistische Gesellschaftsanalyse dabei zu dicht am Gegenstand oder geht in ihm auf, muss trotz aller Rhetorik und möglicherweise Radikalität ihr kritisch-emanzipatorisches Potenzial verloren gehen.

III Fluchtbewegungen zur befreiten Gesellschaft als Leitbilder der sozialen Revolution

Die Hoffnung von Anarchist*innen ist die befreite Gesellschaft. Die Anarchie ist kein erreichbarer Zustand, sondern umfasst konkrete und im Hier und Jetzt zu verwirklichende Ideale. Anarchist*innen stellen also keine Fahrpläne auf, nach denen die herrschenden Zustände überwunden werden könnten, sondern befinden sich ohnehin schon in konkreten Auseinandersetzungen. Deswegen postuliert Anarchismus keine abstrakte Gesellschaftsutopie.

Die Frage, wie denn nun die befreite Gesellschaft aussehen soll, ist aus verschiedenen Gründen absurd. Erstens entwickeln sich Vorstellungen von ihr in der Negation des Bestehenden. Zweitens geht es Anarchist*innen darum, bestehende Ansätze alternativer Vergesellschaftung,

sche Instanz) und h) Erfahrbarkeit gesellschaftlicher Alternativen, welche gesamtgesellschaftliche Befreiungsprozesse vorstellbar machen. Diese Prinzipien treten erstens in Verbindung miteinander auf, verweisen zweitens auf Fluchtpunkte zu einer befreiten Gesellschaft und werden drittens als Mittel und Wege konkreter Utopien angesehen und auf notwendig unzulängliche Weise schon praktiziert.

Mit diesem vereinfachten Schema können die pluralistischen anarchistischen Ansätze im Querschnitt beschrieben werden. Kooperation statt Konkurrenz wird in ganz unterschiedlicher Ausprägung, jedoch als Prinzip sowohl von zivilisationsfeindlichen Primitivist*innen als auch von technophilen Hackaktivist*innen genutzt und propagiert. Wird die moralische Instanz im Individuum verortet und dessen Ansicht grundsätzlich respektiert, kann sich darauf sowohl der anarchistische Pazifismus als auch der insurrektionalismus berufen. Des Weiteren kann der Nachweis dieser Prinzipien auch eine Erfassung klassischer und aktueller anarchistischer Ansätze auf einer historischen Achse im Längsschnitt ermöglichen. Deswegen können Kontinuitäten gesehen werden, gerade weil die Prinzipien Wandlungsprozessen unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen unterliegen.

Über die inhaltliche Richtigkeit und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit einzelner Gruppierungen oder Ansätze kann mit diesem Schema selbstredend nichts ausgesagt werden. Eine adäquate Beschreibung muss auch jene Ansätze erfassen, mit welchen die Autor*innen übereinstimmen; eine Umkreisung schließt auch solche ein, welche derzeit nicht als relevant oder zeitgemäß gelten, wenngleich ihr emanzipatorisches Potenzial den Prinzipien nach gegeben sein muss.

II Aspekte einer anarchistischen Gesellschaftsanalyse

Ebenso wie sich der Anarchismus einer Definition entzieht, kann es nicht „die" anarchistische Gesellschaftsanalyse geben. Notwendigerweise besteht er aus einem synkretistischen theoretischen Instrumentarium je nach dem von Anarchist*innen bearbeiteten Gegenstand, ihren Zugangsmöglichkeiten und persönlichen Präferenzen. Eine anarchistische Umgangsweise mit Theoriebildung könnte darin bestehen Freiheit im Denken einzufordern und sich Methodenzwängen zu widersetzen. Gerade der Synkretismus erlaubt eine grundsätzliche Dynamik zwischen Analyse von Gesellschaft und ihrer emanzipatorischen Transformation.
Das Erkenntnisinteresse anarchistischer Gesellschaftsanalyse besteht in der **Offenlegung von Herrschaftsmechanismen** (Herausarbeitung ihrer Kontingenz und Geschichtlichkeit) sowie der Verwirklichung anarchistischer Prinzipien, die entsprechend der gesellschaftlichen Bedingungen inhaltlich zu füllen sind. In diesem Zusammenhang gilt es, klassische anarchistische Texte in ihrem historischen Kontext zu sehen, sie als Positionierungen in ihrer und Aussagen über ihre Zeit zu verstehen, ihre inspirierenden Kernpunkte heraus zu arbeiten, sie darüber hinaus aber oft zu verwerfen.

Am Herrschaftsverständnis selbst wird deutlich, worauf dies hinaus läuft: Die größten „Verdienste" erarbeiteten sich klassische Anarchist*innen – gerade im Gegensatz zu und in der Befruchtung von sozialistischen Strömungen –, indem Herrschaft nicht ökonomistisch reduziert wurde. So ist die Leugnung von sogenannten Haupt- und Nebenwidersprüchen zumindest tendenziell schon angelegt, wenn Herrschaftsverhältnisse insgesamt kritisiert werden und nicht nur ihre spezifische historische Ausprägung wie im Kapitalismus. Als Gesellschaftsformation, die in alle Bereiche hineinreicht und in welcher sich die Unterdrückungsverhältnisse gegenseitig einsetzen und stützen, kann dieser dennoch angesehen werden und wird gerade deswegen aber in seiner Komplexität begreifbar.

Dabei wurde Herrschaft als eine äußerliche Sache verstanden, welche in ihrer konkretesten Form des Staates direkt angegriffen und überwunden werden könnte. Dies entspringt einer falschen Gegenüberstellung, wonach die „Befreiung der Gesellschaft vom Staat" möglich und erstrebenswert wäre. An dieser Stelle werden die historischen Wurzeln des klassischen Anarchismus mehr als deutlich, blieb er hier im Denken der Aufklärung und dessen universalistischen Menschenbild verhaftet. Würden die Verschleierungsmechanismen weggefegt werden, könnten bewusstwerdende Menschen ihre Verhältnisse unmittelbar verstehen und selbst gestalten – so die klassische Theorie. Die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Herrschaftsstrukturen hervorbringen, können damit nicht begriffen werden. Die klassischen Anarchist*innen hatten überwiegend wenig Gespür für die Ambivalenz von Herrschaft. Beispielhaft an der Thematik der Subjektivierung lassen sich hier aber Weiterentwicklungen aufzeigen.

Da der Anarchismus traditionellerweise das Individuum betont und die freie Entfaltung der Individualität aller als ein Maßstab für die befreite Gesellschaft nimmt, stellt sich die Frage, wie die vonstatten gehende herrschaftsförmige **Subjektivierung (1)** sabotiert und durchbrochen

Die „sozialistische" Regierung zerstört unsere Rechte

★ *Von: Internationales Sekretariat der Federation Anarchiste / Übersetzung: Ben*

Seit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2012 offenbaren François Hollande und seine „sozialistisch" genannte Regierung ihre berechnende politische Logik.
Diese Politik bedeutet die Zerstörung des Arbeitsrechts, von Kollektivverträgen und eine Attacke auf die letzten sozialen Errungenschaften der Arbeiter*innen. Denn die staatliche Unterstützung der Unternehmer*innen endet nicht bei der Bewilligung von Steuernachlässen in astronomischer Höhe (mehr als 40 Mrd. € in drei Jahren!), sie beinhaltet auch eine schwerwiegende „Reform" des Arbeitsmarktes und der Funktionsweise von Konzernen durch die Einführung der sogenannten „flexicurity"[1]. Eine Methode, die schon früher ihr Scheitern bewiesen hat (die Arbeitslosigkeit sinkt nicht, die Chefs halten sich nicht an Absprachen), aber die Regierung treibt sie weiter voran, diesmal in noch rasanterem Tempo.
Nach den Gesetzen von Macron und Rebsamen[2], wahrhaftigen antisozialen Bomben, wendet sich der neueste Angriff gegen das Arbeitsrecht. Die Idee ist so alt wie das Gesetz an sich: „Wir müssen es lockern!" Denn das berühmte rote Buch, das kompliziert und unleserlich sei, wäre Schuld an Arbeitslosigkeit und der sozialen Misere (und warum nicht auch am Krieg in Syrien?). Die Bosse, die Unglücklichen, würden mit diesem dicken Buch nicht zurechtzukommen und ganz unfreiwillig daran gehindert werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Was für Auswirkungen hat dieser Bericht und was lässt er für die Zukunft der Arbeitnehmer*innen erahnen?

Die politische Klasse und die Kapitalist*innen gehen Hand in Hand

Da die Einführung des Notstandes ihn gestärkt hatte und er nicht damit einverstanden war, seine repressive Sicherheitspolitik einzuschränken, verordnete der Präsident am 31. Dezember 2015 auch den „ökonomischen und sozialen Notstand". Die Regierung scheint eine neue Ausräucherungstaktik entdeckt zu haben, die aber niemanden täuschen kann: es ist genug, „Notstand" vor eine Thematik zu schreiben, um die gewalttätigsten Maßnahmen zu rechtfertigen und zu legitimieren, seien es repressive, ökonomische oder soziale.
Seit dem Machtantritt der Sozialistischen Partei 2012 prasseln kontinuierlich Hiebe auf das Arbeitsrecht und die Rechte der Beschäftigten nieder, aber diese Aussage zeigt zweifellos, dass die ökonomischen Angriffe der politischen Klasse noch an Intensität zulegen werden.
Anfang Februar kündigte die Regierung ein Systems an, durch dass die Erwerbslosenunterstützung schrittweise reduziert werden soll, obwohl sich dieses Modell bereits in der Vergangenheit als ineffizient erwiesen hatte. Zwischen 1992 und 2001, als solch ein System praktiziert wurde, sanken die Zahlungen nach 9 Monaten bei 17% alle 4 Monate bis hin zu einem Minimum von 2000 Francs[3]. Dies setzte denjenigen ein Messer an die Kehle, die vom hochheiligen Arbeitsmarkt zurückgewiesen worden waren.
Unterdessen sieht der Gesetzesentwurf von El Khomri[4] vor, die Unterstützungen für Arbeitnehmer*innen zu kürzen, die ungerechtfertigter Weise gekündigt werden. Dadurch werden die Arbeitgeber*innen gestärkt, die aufmüpfige oder als nicht profitabel erachtete Arbeiter*innen feuern wollen. Der Traum der Unternehmer*innen könnte Realität werden: Massenentlassungen zu Discountpreisen! Und das ist nicht alles, was dieser Entwurf zulassen würde: die Aufteilung der verpflichtenden Ruhepause von 11 Stunden; die Möglichkeit für ein Unternehmen, durch eine einfache Vereinbarung die Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu ändern; die Möglichkeit für Unternehmer*innen, die Bereitschaftszeit von der Ruhezeit abzuziehen; die Möglichkeit von 10-Stunden-Tagen und 40-Stunden-Wochen für Gelegenheitsarbeiten; das Absenken von 24 Wochenstunden als Basis für einen Teilzeitvertrag; die Möglichkeit, fünfmal weniger für Überstunden zu zahlen; die Möglichkeit, eine Maßnahme auch gegen die Meinung von 70% der Gewerkschaftsvertreter*innen durchzusetzen; die Möglichkeit für ein Unternehmen, einen Sozialplan durchzusetzen, ohne überhaupt ökonomische Schwierigkeiten zu haben; die Möglichkeit, Arbeitnehmer*innen zu entlassen, die eine Änderung im Arbeitsvertrag ablehnen; die Möglichkeit, vom 10- zum 12-Stunden-Tag zu wechseln.
Pierre Gattaz, der Vorsitzende des Unternehmensverbandes MEDEF, erklärte, die vorgeschlagenen Maßnahmen würden „in die richtige Richtung" gehen und applaudierte der Regierung, wie ein zappelnder Seelöwe in Erwartung einer neuen Belohnung. Erinnert euch an das Versprechen des führenden Chefs Frankreichs von 2013, eine Million

[1] *Eine Verschmelzung von Flexibilität (engl. flexibility) und Sicherheit (engl. security). De facto bedeutet dies jedoch eine Lockerung des Kündigungsschutzes und die Stabilisierung von prekären Arbeitsverhältnissen, angeblich um Jobs zu schaffen.*
[2] *Emmanuel Macron ist seit 2014 Wirtschaftsminister. François Rebsamen war 2014/15 Arbeitsminister unter Hollande.*
[3] *Als ungefährer Richtwert 1FF = 0,3DM.*
[4] *Myriam El Khomri ist seit 2015 Arbeitsministerin in Frankreich.*

neue Jobs zu schaffen im Ausgleich für Gebührensenkungen und Steuervergünstigungen (CICE)[5]. Natürlich haben wir uns nicht von den Versprechungen eines Chefs und dem Spektakel der Regierung täuschen lassen! Dies ist, falls überhaupt noch nötig, ein weiterer Beweis dafür, dass die politische und die kapitalistische Klasse Hand in Hand gehen, sie werden angetrieben von den gleichen Interessen und reagieren mit derselben Repression. Trotzdem hinderte es den Vorsitzenden der MEDEF nicht daran, noch mehr Leistungen zugunsten der Arbeitgeber*innen zu fordern und er rief nach einem „agilen Arbeitsvertrag". Wirklich schlau, sie beschwören flexible und prekäre Arbeitsverträge herauf und wälzen alle Risiken ihres kapitalistischen Systems auf die Arbeitnehmer*innen ab. Andere Unternehmer*innen wollen ihrerseits das völlige Verschwinden von unbefristeten Arbeitsverträgen (CDI), da sie diese als veraltet und ungeeignet für die „moderne Wirtschaft" erachten. Das ist der Zynismus von denjenigen, die in privilegierter Höhe schweben.

Diese liberale und gewalttätige Politik richtet sich immer gegen die unteren sozialen Schichten und geht einher mit einer Stigmatisierung oder Bestrafung aller, die nicht die Sache der herrschenden Klassen unterstützen. In einer ultra-sicheren politischen Umgebung werden das Recht auf Streik und widerständige Arbeiter*innen attackiert und kriminalisiert. Andererseits wird konsequent darüber hinweggesehen, dass hunderte Arbeiter*innen jedes Jahr durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten getötet werden und tausende dadurch zu Schaden kommen, ohne dass ein Chef deshalb vor Gericht oder gar im Gefängnis landet. Dafür kriminalisieren sie Gewerkschafter*innen, wie die bei Goodyear, die es wagen, auf die ökonomische Gewalt zu antworten, der sie unterliegen.[6] Oder denken wir nur an Éric Straumann, den Leiter des Departementsrates in Haut-Rhin, der die Auszahlung der sozialen Mindestsicherung (RSA) an die Bedingung knüpfen will, dass jede Woche ehrenamtliche Arbeitsstunden verrichte werden müssen. Diese Maßnahme scheint zusätzlich zur Stigmatisierung von Erwerbslosen auch eine alte Fantasie der Unternehmer*innen wiederzubeleben: Arbeit ohne Bezahlung.

Konfrontiert mit den Angriffen der herrschenden Klassen, die eine Welt der Ausbeutung errichten wollen, in der sie die unbestrittenen Herren wären, gibt es nur eine Alternative: Organisierung, Gewerkschaften und politischer Kampf.

Den Gewerkschaften ihr offensives Potenzial wiedergeben

Als Organisationen, die noch immer einige hunderttausend arbeitende Frauen und Männer einbeziehen, sind Gewerkschaften das Hauptwerkzeug, um eine großflächige Mobilisierung der Arbeitswelt zu erreichen. Aber aufgrund der zurückhaltenden Führungsebenen und der Bürokratie, ist es für uns gewerkschaftlich Organisierte dringend notwendig, zu lernen, ihre Richtlinien außer Kraft zu setzen, um unsere Organisationen zurückzugewinnen und uns wieder in konkreten Kämpfen mit radikalen Ausrichtungen zu engagieren.

Erneut bereitet sich die Regierung darauf vor, die sozialen Rechte grundsätzlich in Frage zu stellen. Vom Ende der 35-Stunden-Woche über die Entschädigungszahlungen für unfaire Entlassungen bis zur Vereinfachung von Sozialplänen und Lohnsenkungen ergänzt dieses Paket all die Beschlüsse, die die sozialistische Regierung seit 2012 im Sinne der Unternehmen eingeführt hat.

Da die Ankündigung dieses neuen Unrechts mehr Empörung als üblich entfacht zu haben scheint (eine Petition dagegen sammelte annähernd 1 Millionen Unterschriften), ist es nun an der Zeit, unsere Aktionsmöglichkeiten zu präzisieren. Bisher gehen von den Gewerkschaftsführungen nur eintägige Streikaktionen aus - eine unzureichende und demobilisierende Antwort.

Unsere Gewerkschaften sind der Hauptschmelztiegel zur Mobilisierung der Arbeitswelt und es ist dringend erforderlich, ihnen eine wirkliche Angriffsoption zu bieten. Über den legalen Weg und traditionelle Verhandlungen hinaus ist es notwendig, sich an konkreten Aktionen zu beteiligen: Streiks, unproduktives Arbeiten, Boykottaufrufe. Die Mächtigen geraten nur ins Wanken, wenn unsere Kämpfe auf ihre Interessen zielen, also auf die Ökonomie der Unternehmen.

Um die Wirtschaft lahm zu legen und die Gewinne zu beeinträchtigen, muss die Produktion gestoppt oder sabotiert werden. Wir müssen Streikfonds und Solidarität schaffen und fördern, ebenso juristische Beratungshotlines zur Unterstützung der Streikenden und der Opfer von Repression. Wir müssen uns gegenseitig über unsere Rechte und die Risiken informieren, die wir auf uns nehmen, wenn wir den Bereich der Legalität verlassen. Anschließend können wir diskutieren, wie wir fortfahren. Dies hilft uns sowohl bei der Verteidigung unserer Rechte als auch dabei, uns neue anzueignen. Es bedeutet auch, lokale Kämpfe einzubeziehen, um sich zusammen zu schließen und einander zu helfen.

Die Beurteilung, welche Maßnahmen wirkungsvoll sind, liegt bei uns. Wir wissen, was unsere Arbeit produktiv macht, insofern wissen wir auch, wie wir sie unproduktiv machen können. Es ist ganz egal, dass Gewerkschaftsführer*innen, Journalist*innen oder Politiker*innen unsere Aktionen verurteilen, sobald diese den parlamentarischen und legalen Rahmen verlassen. Wir wissen, was sie ins Rollen bringen.

So können wir hoffen, der Regierung neue Verbesserungen abzuringen, während wir daran arbeiten, den Weg für Generalstreiks zu ebnen. Um diesen Prozess zu unterstützen, wird unsere Organisation tun, was sie kann, um allen Initiativen zu helfen, auf die wir aufmerksam werden.

[5] *CICE (crédit d'impôt pour la compétivité et l'emploi) ist ein Gesetz von 2012, das durch zahlreiche Steuervergünstigungen die Wettbewerbsfähigkeit von französischen Unternehmen stärken sollte.*

[6] *Zum Fall Goodyear siehe: http://www.labournet.de/internationales/frankreich/arbeitskaempfe-frankreich/klassenjustiz-in-frankreich-8-goodyear-arbeiter-zu-je-9-monaten-gefaengnis-verurteilt-wegen-angeblicher-entfuehrung/*

Anarchismus, gesellschaftlicher Wandel und die konkrete Utopie der befreiten Gesellschaft

★ *Von: Mona Alona*

Es ist ein Gemeinplatz, dass eine Definition „des" Anarchismus nicht existiert. Die Diffusität des Gegenstandes bedingt die Unmöglichkeit, ihn mit einer allgemeingültigen Bestimmung fassen zu können, welche darüber hinausreicht, Anarchismus sei die „Lehre von einer zu erstrebenden Gesellschaft ohne Staat und autoritären Zwang" (Gustav Landauer). Eine bunte Gemengelage kollektiver und individueller Lebensentwürfe sowie politischer Gruppierungen und Strömungen bezeichnet sich explizit als anarchistisch oder nimmt bewusst oder unbewusst Anleihen bei anarchistischem Gedankengut. Weil sich diese enorme Vielfalt aus verschiedenen Gründen einer Fixierung widersetzt, ergibt sich die paradoxe Situation, dass sich Anarchismus als Sammelsurium von politischen Strömungen, theoretischen Perspektiven und moralischen Haltungen überhaupt erst durch sich widersprechende Annahmen verschiedener Akteure begründet. Diese werden nicht künstlich geglättet, sondern im Gegenteil als „Philosophie der Praxis" im Hier und Jetzt zugespitzt, um dem gesellschaftlichen Wandel eine emanzipatorische Richtung zu geben.

Der im Folgenden vorgenommene Versuch Gemeinsamkeiten anarchistischer Perspektiven zu erfassen, kann sich daher nicht in einer abstrakten Debatte vollziehen, sondern lediglich in den widersprüchlichen Formen seiner Anwendung im Verlauf konkreter Auseinandersetzungen. Dass dieser nur Puzzleteil in einem weithin unbekannten Mosaik sein kann, ändert nichts an der Lust, ihn zu wagen, offenbart jedoch zugleich, dass daraus keine gültigen Wahrheiten abgeleitet werden können. Als Ausgangspunkt werden zunächst einige Aspekte des Anarchismus umkreist und beschrieben (I). Auf dieser Grundlage werden traditionelle und aktuelle Ansätze einer anarchistischen Gesellschaftsanalyse dargestellt (II). Diese führen zu Fluchtpunkten anarchistischer Vorstellungen über die zu verwirklichende befreite Gesellschaft (III).

I Analytische und normative Umrisse anarchistischer Bewegungen

Die grundlegende Offenheit des Anarchismus ergibt sich, weil die Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Transformation von ihren Möglichkeiten her gedacht und bearbeitet wird, welche in den Versuchen ihrer stets bruchstückhaften und widersprüchlichen Verwirklichung erfahrbar werden. Folgende analytische und normative Hintergrundannahmen begründen diesen besonderen und nicht allgemeingültigen Blick auf den Anarchismus:

1) Ein bewegungsorientierter Ansatz ist sich der **historischen Begrenztheit von Begriffen** bewusst, versucht diese offen zu halten und Debatten darüber zuzulassen, um nicht anachronistisch zu werden. Klassische anarchistische Ansätze sind hierfür paradoxerweise fast Gegenbeispiele. Dies sollte jedoch nicht in einem traditionsvergessenen Gegenwartsbezug münden, da sich das Verständnis, die Interpretation und Politisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen stets mit vermittelten und angeeigneten Vorannahmen über diese vollzieht.

2) Im Zuge der Ablehnung von Herrschaft widersetzt sich Anarchismus festen identitätsstiftenden Zuschreibungen, um Instrumentalisierung, Entschärfung und Diffamierung vorzubeugen. **Identitäten** gelten ihm als durch Herrschaft vermittelt, die durch kollektive emanzipatorische Handlungsprozesse aufgebrochen werden. Dies führt zum Sichtbarwerden anarchistischer Potenziale in der Lebensrealität von Menschen – ob diese sich selbst als Anarchist*innen bezeichnen oder nicht.

3) Anarchismus beruht auf einer gewollten und sogar beförderten **Pluralität** politischer Bewegungen, die sich aus unterschiedlichen aber in solidarischer Beziehung stehenden Akteur*innen zusammensetzen. Die Gruppen kooperieren themenbezogen in wechselnden Konstellationen und befruchten sich gegenseitig, wobei gerade ihre Vielfalt eine Dominanz einzelner Akteur*innen verhindert.

4) Schließlich beinhaltet Anarchismus auf einer prinzipiell **undogmatischen Haltung**. Diese wäre allerdings falsch verstanden, würde sie als inhaltliche Beliebigkeit, Theoriefeindlichkeit oder lediglich postmodernes Denken aufgefasst werden. Im Gegenteil nimmt er aktuelle inhaltliche Debatten, theoretische Entwicklungen und die Bedingungen seiner Zeit auf und gelangt deswegen zum vernünftigen Schluss, keine letztgültigen Wahrheiten zu postulieren. Die Kollektivität von Erkenntnisprozessen wird dabei betont.

Auf welcher Grundlage können die teilweise äußerst unterschiedlichen anarchistischen Ansätze miteinander als solche umkreist werden? Als **Basisprinzipien** seien vorgeschlagen: a) freiwillige Assoziation, b) gegenseitige Hilfe (= Kooperation), c) Selbstorganisation, d) Hierarchie- und Herrschaftskritik, e) kollektive Emanzipation durch die Subjekte, f) die Auflösung des notwendig falschen Widerspruchs zwischen 'Individuum' und 'Gesellschaft', g) Selbstbestimmung des Individuums (vor allem als morali-

Exkurs: Eine Querfront gegen BDS

Bevor ich zu dem mir sehr wichtigen konstruktiven Teil komme, möchte ich kurz Ereignisse beschreiben, die sich um BDS vor kurzer Zeit in Wien ereignet und mich zur Beschäftigung mit dem Thema gebracht haben:
BDS Austria wollte in Wien zwei Infoveranstaltungen abhalten, und zwar im Amerlinghaus, einem selbstverwalteten linken Zentrum. Dies löste einen Aufschrei aus, von reformistischen „Linken" bis hin zu den Parteien FPÖ und ÖVP. „Linke" forderten also in Einigkeit mit Konservativen und Faschist*innen, die sozialdemokratisch-grüne Stadtregierung möge die Veranstaltung im Amerlinghaus verhindern oder dem Zentrum die Förderung entziehen. Das Amerlinghaus zog die Veranstaltungen zurück. Diese Ereignisse haben bei einigen radikalen Linken (auch Anarchist*innen) Sympathien für BDS entstehen lassen, die es ansonsten nie bekommen hätte. Der Gedanke dahinter: „Wenn die Rechten und die Antideutschen BDS so hassen, kann es ja nicht so verkehrt sein."

Wie umgehen mit Konflikten in der Welt?

Das Beispiel zeigt meiner Meinung nach: Die Art und Weise, wie radikale Linke und damit auch wir Anarchist*innen im deutschsprachigen Raum mit dem Israel/Palästina-Konflikt umgehen, ist problematisch. Selbst bei dem vollkommen berechtigten Vorhaben, sich gegen Antisemitismus zu wenden, läuft man Gefahr, sich von Rechten vor den Karren spannen zu lassen, wenn man unsauber argumentiert. Im Folgenden daher ein paar Punkte, was wir anders machen sollten. Diese sind meiner Meinung nach auf andere Konflikte genauso übertragbar.

Fast immer wird über dieses Thema geredet, als gäbe es niemanden vor Ort, den*die wir fragen könnten. Dem ist natürlich nicht so. In Israel gibt es die ‚Anarchists against the wall', die seit vielen Jahren sehr aktiv sind und übrigens die lokale BDS-Sektion unterstützen[5]. Und auch der ihnen nahestehende Anarchist Uri Gordon äußert sich (vorsichtig) positiv über BDS[6]. Und, auch wenn das viele nicht wissen dürften, es gibt auch palästinensische Anarchist*innen[7], warum fragen wir sie nicht zu ihrer Sicht auf ihre Lage und mögliche anarchistische Perspektiven? Diese Aktivist*innen erleben, wovon wir nur lesen können.

Ein wichtiger Aspekt des Anarchismus sollte die Internationale Solidarität sein. Sich nur mit den Problemen und Kämpfen im eigenen Land zu beschäftigen, reicht nicht aus. Aber für ein wirklich internationalistisches Verständnis unserer Bewegung brauchen wir mehr Wissen übereinander. Wir sollten uns bemühen, nicht nur innerhalb Europas mit Anarchist*innen in Austausch zu treten.

Auf der anderen Seite gibt es im deutschsprachigen Raum, Menschen mit Migrationshintergrund, die einer radikalen Linken und auch einer anarchistischen Bewegung gegenüber stehen, die mehrheitlich nicht migrantisch geprägt ist. Wenn sie dann aufgrund von Konflikten oder Problemen in ihrer Heimat aktiv werden, wie verhalten wir uns dann ihnen gegenüber?

Anhand eines Beispiels, bei dem ich selbst aktiv war: Die kurdische Bewegung ist immer wieder auf den Straßen, aktuell, um gegen die gewaltsame Unterdrückung der türkischen Regierung zu demonstrieren. Was können wir von ihnen[8] erwarten, wenn wir ihren Kampf für Frieden in Kurdistan solidarisch unterstützen? Wir können nicht erwarten, dass sie Anarchist*innen werden. Wir können auch nicht erwarten, dass sie ihre Kritik korrekt formulieren (ich habe schon mal die Parole „Kindermörder Erdogan" gehört). Wir können aber erwarten, dass sie ihre Kritik gegen den richtigen wenden, also nicht gegen „die Türken" sondern gegen die türkische Regierung und den türkischen Staat. Und wir können erwarten, dass sie gegenüber denen, mit denen sie solidarisch sind, also die kurdische Befreiungsbewegung in Kurdistan, z.B. die PKK, nicht unkritisch, sondern kritisch-solidarisch Stellung beziehen. Ich möchte diese Punkte nicht einfach auf andere Konflikte übertragen, aber ich hoffe, dass sie in einer weiteren Debatte präzisiert werden, damit unser zukünftiger Umgang mit internationalen Konflikten und internationaler Solidarität ein anderer wird.

Anzeige

grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten
Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit
Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar
mail@gruenes-blatt.de

[5] *Siehe ihre Facebook-Seite.*
[6] *https://www.youtube.com/watch?v=SzC0TzwP398*
[7] *Siehe diesen sehr lesenswerten Artikel: https://anarchiststudies.org/2013/07/19/palestinian-anarchists-in-conversation-recalibrating-anarchism-in-a-colonized-country/*
[8] *Wir und sie ist natürlich eine schematisch Einteilung. Es gibt nicht „die Kurden". Aber es gibt in der Realität eine Unterscheidung, die von beiden Seiten gezogen wird und ich so vereinfacht zusammenfasse.*

GEGEN POLIZEIGEWALT UND DIE KRIMINALISIERUNG DER SOZIALEN BEWEGUNG

Soziale Mobilisierung gegen sozialen Rückschritt

Seit Beginn des Jahres, als die neuen Gesetzte für sozialen Abbau angekündigt wurden, gehen viele Jugend- und Arbeiter*innenorganisationen den Weg des sozialen Widerstands. Diese Proteste haben die Regierung bereits in gewisser Weise zum „Einlenken" bewegt, zumindest wurde ein Aufschub erreicht, der die Möglichkeit bietet, die Protestbewegungen zu erweitern und zu festigen.
Die Ereignisse des 9. März waren ein wirklicher Erfolg in Bezug auf die Mobilisierung und Stärke des Protests. Sie gaben das Startsignal für eine breite Bewegung gegen die reaktionäre Politik der sozialistischen Regierung: Steuervergünstigungen für Unternehmen, die Frage des öffentlichen Dienstes, die Abkehr vom Versprechen, den Anteil an Atomkraft in Frankreich zu verringern, die Abweisung von Geflüchteten, die Ausweisung von Menschen, die in Frankreich Asyl beantragen, der Abriss der provisorischen Lager in Calais und anderswo, erhöhte Polizeipräsenz, der permanente Notstand, das Projekt zum Entzug der Staatsangehörigkeit, der republikanische Rassismus usw.

Deshalb versucht die Regierung weiterhin, dem Protest eine Ende zu setzten, auch durch Polizeigewalt. Während der Studierendenproteste am 17. und 24. März attackierte die Polizei junge Menschen und Syndikalist*innen in vielen Städten. Mit dieser Politik versuchen sie die Bewegung endgültig zu stoppen. Das ist ein klarer Fall von sozialer Kriegsführung und Repression gegen Gewerkschaften.

Notstand heißt Polizeistaat

Nach dem islamistischen Terrorismus kommt jetzt der Staatsterrorismus. Tausende Polizist*innen und Soldat*innen werden auf unseren Straßen eingesetzt, mit schweren Waffen im Anschlag. Ihre Blicke sind misstrauisch. Die Durchsuchungen nehmen zu. Dieser unglaubliche Zustand wird uns überall als normal präsentiert.
Die Polizei dagegen wird unaufhörlich gepriesen, sie werden als Helden voller Courage dargestellt, mutig und furchtlos, gut und bereit zu dienen. Wir sollen die zahlreichen tödlichen Fehltritte vergessen, die die Uniformen der Soldaten mit Blut getränkt haben, wir sollen die weit verbreiteten Gewalttaten vergessen, wir sollen die Beleidigungen vergessen, ermüdet durch die vielen Kurz-Kontrollen. Alles soll weggewischt werden, was das Bild der Polizei als letzte Rettung vor dem Barbarentum beflecken könnte.

Weder Gott noch Herrscher

Die Feinde sind der Staat, der uns unterdrückt, sind die Unternehmer*innen, die uns ausbeuten, sind die religiösen Mächte, die uns verrohen. All diese Institutionen, all diese Menschen, all diese Ideologien sind verantwortlich für Elend und soziale Gewalt.
Gleichermaßen ist es unsere Verantwortung, Nationalismus und Patriotismus anzuprangern und, wenn nötig, auf der Straße zu bekämpfen, ob sie nun die abscheuliche Form von Rassismus annehmen oder sich als einfache Dummheit darstellen.

Militarisierung der Gesellschaft?

Der Notstand ist ein Schwindel. Er wird unfähig sein, Selbstmordattentäter aufzuhalten. Stattdessen schränkt er die zivilen Freiheiten ein und kann benutzt werden, um soziale Proteste zu verhindern. Dies ist leider eine bittere Tatsache in diesen Tagen.

Weitere Infos

http://www.federation-anarchiste.org/

Welche Art von Aufstand brauchen wir im irakischen Teil Kurdistans?

★ *Von: Zaher Baher (Februar 2016) / Übersetzung: madalton*

Vor dem Aufstand im März 1991 in Kurdistan existierten die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die bewaffneten Kräfte (Peshmerga) der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) praktisch nicht, außer für diejenigen an der Grenze zum Iran und in sehr abgelegenen Gebieten. Diese neue Situation resultierte aus dem Krieg im Iran/Irak und der Anfal-Kampagne[1], die vom früheren Regime betrieben worden ist. Die Anfal-Kampagne kostete über 180000 Dorfbewohner*innen das Leben, die evakuiert worden waren und mit ihren vollständig zerstörten Dörfern aufgrund der Zerstörung verschwanden. Als der Aufstand geschah, wurden die Regierungskräfte von der Massenbewegung rausgeschmissen. Danach kehrten PUK und KDP mit der Hilfe der westlichen Staaten zurück. In kürzester Zeit kontrollierten sie jene Gemeinden und Städte, welche von der Bevölkerung befreit worden waren.

Im Mai 1992 teilten sich gemeinsam die Regierung mithilfe eines Szenarios der Scheinwahl. Am 5.10.1992 begannen sie die PKK zu bekämpfen. Dies dauerte etwa 3 Monate an. 1995 spalteten sich PUK und KDP voneinander und begannen sich gegenseitig zu bekämpfen. Sie teilten Kurdistan unter sich auf.

Während der Kämpfe hatte die PUK die KDP fast vollständig besiegt. Deshalb bat der Kopf der KDP, Masoud Barzani, den früheren irakischen Präsident Saddam Hussein um Unterstützung.

Am 31.08.1996 erreichte die Armee des Regimes Erbil und rettete die KDP. Anschließend griff die KDP die PUK an und schaffte es viele Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, inklusive Gemeinden, Städten und Dörfer, welche zuvor unter der Kontrolle der PUK standen. Die PUK hatte keine Wahl außer das iranische Regime um Unterstützung zu bitten. Mit Hilfe des Iran schaffte es die PUK jene Orte zurückzugewinnen, die an die KDP verloren gegangen sind, und baute ihre eigene Regierungsstruktur auf. Nach diesem Kampf kontrollierten PUK und KDP verschiedene Gebiete Kurdistans. Die KDP errichtete ihre Regierungsstruktur in Erbil und den umliegenden Gemeinden. Die PUK baute ihre eigene Machtstruktur in Sulaymaniyah und den umliegenden Gemeinden.

2003 fiel das frühere Regime nach dem Einmarsch in den Irak durch die USA und die westlichen Staaten. So wurde eine außergewöhnliche Gelegenheit für PUK und KDP geschaffen die kurdische Regionalregierung (KRG) zu bilden. Die KRG wurde aufgrund der Wahl 2005 gegründet. Die zweite Wahl nach dem Einmarsch fand 2009 statt. Von 2005 bis 2014 waren beide Parteien (PUK & KDP) die Hauptmächte in der KRG. Bei der letzten Wahl 2014 änderte sich das Kräftegleichgewicht geringfügig. Die sogenannte Bewegung des Wandels (Goran), die sich 2007 bildete, stand zum zweiten Mal zur Wahl. Sie trat der Regierung bei und teilte sich gemeinsam mit KDP, PUK, islamischen Organisationen und anderen kleinen Parteien die Macht. Korruption, Einschüchterung der Menschen, Verschwinden lassen, Ermorden und das Verüben von Attentaten auf politische Aktivist*innen, Schriftsteller*innen, Journalist*innen und Frauen setzten sich weiter fort.

Kurz gesagt fanden keine ernsthaften Reformen statt während „Goran" die Macht gemeinsam mit KDP, PUK und den restlichen Parteien inne hatte. In Wirklichkeit hat sich die Situation verschlimmert. Im Oktober 2015 sackte die KDP alle Parlamentsmitglieder, Minister*innen und den Kopf des Parlaments von „Goran", der Bewegung des Wandels, ein und es wurde ihr nicht erlaubt nach Erbil zurückzukehren. Seitdem gab es kein handlungsfähiges Parlament in Kurdistan.

Die kurdische Bevölkerung im irakischen Teil Kurdistans (Bashur) litt unter der Kontrolle der KRG dramatisch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die KRG schaffte es nicht ihre 1,4 Millionen Beschäftigte seit Oktober 2015 zu bezahlen. Von diesem Monat an erhielten die Lehrer*innen nur die Hälfte ihres Lohns. Die KRG beschuldigte die irakische Zentralregierung dafür, den Anteil des jährlichen Etats von 17%

[1] *(Anmerkung d. Übers.) Genozid des Baath-Regimes unter Sadam Hussein an der kurdischen Bevölkerung im Nordirak 1988-1989. Mehr Infos bei Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Anfal-Operation.*

Boykott? Auf jeden Fall Solidarität!

Eine Erwiderung auf den Artikel "Antisemitismus boykottieren"

★ *Von: Ben*

Bevor ich meine Erwiderung (und hoffentlich auch Ergänzung) beginne, möchte ich marcos dafür danken, wie er die Diskussion angestoßen hat. Dass er nicht beim „Kauf nicht bei Juden!"-Vergleich stehen bleibt, stärkt seine Argumentation (denn der Boykott ist eine alte gewerkschaftliche Kampfform, die es lange vor den Nazis gab[1]) und führt dazu, dass ich einiges über BDS in Deutschland lernen konnte.

Ich möchte dazu auch nicht mehr schreiben, denn bis auf einen kurzen Zeitraum infolge von Ereignissen in meinem Umfeld vor einigen Wochen (dazu später mehr), habe ich mich bisher nicht mit BDS auseinandergesetzt und daher nur oberflächliches Wissen.

Meine Kritik

Marcos unterstellt BDS, mit dem Ende der Besatzung auch das Ende Israels anzustreben. Wirklich belegt wird das von ihm allerdings nicht. Wenn man auf die englischsprachige, allgemeine Website von BDS schaut, zeigt sich ein anderes Bild: Dort wird als erste der Forderungen das Ende der Besatzung aller arabischer Gebiete, die im Juni 1967 von Israel besetzt wurden (und das Ende der Mauer) genannt[2]. BDS fordert also die Wiederherstellung der international als rechtmäßig anerkannten Grenzen, mit Vernichtungsphantasien hat das nichts zu tun.

BDS-Proteste in Montreal

Irritiert bin ich von dem positiven Verweis auf die 3-D-Methode. Der Erfinder dieser Methode ist Natan Scharanski[3], Politiker der Likud, der Partei von Benjamin Netanjahu. Er füllte von 1996 bis 2005 verschiedene Ministerämter in der israelischen Regierung aus, trat 2005 aus Protest gegen den Abzug aus dem Gaza-Streifen zurück und gründete die Organisation ‚One Jerusalem', die gerne die Annexion Ost-Jerusalems sähe. Politische Konzepte eines solchen Politikers zu übernehmen halte ich aus anarchistischer Sicht für unmöglich, nicht nur aufgrund seiner reaktionären Ansichten, sondern auch, weil er ja selbst Akteur in diesem Konflikt ist und zuerst eigene Interessen vertritt. Oder anders formuliert: Das nach Anwendung des 3-D-Tests BDS als antisemitisch gilt, liegt vielleicht einfach daran, dass der Erfinder des Tests eine Methode suchte, jeglichen Protest gegen die Besatzung als antisemitisch diskreditieren zu können. Ein Rückgriff auf die Beschreibung des EUMC scheint mir da wesentlich sinnvoller, sie unterscheidet sich recht deutlich von den 3-Ds und ist vor allem sehr präzise.

Den Apartheid-Begriff von BDS mit dem Verweis auf die Demokratie zu kontern, greift nicht. Denn mit dem Begriff wird ja nicht die Situation innerhalb Israels kritisiert (also dass arabische Israelis sozial benachteiligt sind), sondern die Besatzung des Westjordanlandes. Dass diese Palästinenser*innen unterdrückt, ob durch gewalttätige Repression, Einschränkung der Mobilität oder verringerter Trinkwasserversorgung, müssen wir hoffentlich nicht diskutieren. Ob aber der Begriff Apartheid in diesem Zusammenhang korrekt ist, oder nicht, ändert nichts an der Sache. Die Besatzung wird dadurch nicht besser.

Noch etwas zur israelischen Demokratie: Am 29. März nahm in Israel ein Gesetz die erste Hürde, nachdem gewählte Abgeordnete von der Knesset ausgeschlossen werden können u.a., wenn sie Israel nicht als jüdischen Staat anerkennen. Wie lange man also noch das Funktionieren der Demokratie in Israel anhand arabischer Abgeordneter belegen kann, ist fraglich.[4]

[1] *Bei Interesse siehe dazu dieses Buch aus dem Jahr 1912: https://books.google.de/books?id=oaTwBgAAQBAJ&*
[2] *https://bdsmovement.net/bdsintro, dies wären das Westjordanland (inkl. Ostjerusalem) und die Golanhöhen.*
[3] *Alles zu ihm unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Natan_Scharanski, https://en.wikipedia.org/wiki/Natan_Sharansky*
[4] *http://www.tt.com/home/11309162-91/gesetz-zum-ausschluss-von-abgeordneten-nahm-in-israel-erste-h%C3%BCrde.csp, Hintergründe auch in der Le Monde diplomatique vom März 2016*

Wann ist Israelkritik antisemitisch?

Natürlich kann - wie jeder andere Staat auch - Israel kritisiert werden. Leider ist diese Kritik oftmals antisemitisch geprägt. Zur besseren Unterscheidung hilft der sogenannte 3-D-Test.[i]

Dämonisierung: Wird der Staat Israel dämonisiert und z.B. als besonders böse, brutal, gewalttätig und rachsüchtig oder mit dem Attribut „Kindermörder" versehen dargestellt oder werden gar Nazi-Vergleiche gezogen?

Delegitimiert: Wird das Existenzrechts Israels angezweifelt oder in Abrede gestellt, z.B. in dem Israel als unrechtmäßige Besetzung des arabischen Raums (Palästinas) angesehen wird?

Doppelte Standards: Werden an Israel andere Maßstäbe gesetzt, wie an andere Länder (des Nahen Ostens), z.B. in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Militäreinsätze usw.

Neben dem 3D-Test stellt die »working definition of antisemitism« der EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia)[ii] eine weitere Definitionshilfe dar. Zu israelbezogenem Antisemitismus ist dort zu lesen:

„Beispiele von Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Staat Israel und unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes können folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:
- Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christusmordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik des Nationalsozialismus.
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden."

[i] http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/sharansky.htm. Der 3-D-Test findet auch bei anderen Gruppen und Initiativen Verwendung, wie z.B. der Amadeu Antonio Stiftung
[ii] http://www.antisem.eu/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/

Anzeigen

nicht gesendet zu haben, als er fällig gewesen sei. Die KRG muss eigentlich 550000 Barrel Rohöl täglich über die Zentralregierung exportieren. Erst dann sollte die Zentralregierung den Anteil der 17% freigeben. Stattdessen verkaufte die KRG das Rohöl direkt, indem sie die Zentralregierung überging und behielt das Geld ohne eine offizielle Bilanz der genauen Einkünfte zu zeigen oder wie und an wen es verkauft wurde.
Die KRG erklärte es gab auch andere Gründe, die zum Schrumpfen des Etats beigetragen haben, wie beispielsweise der Rohölpreisverfall, der Krieg gegen den IS und die Ausgaben, die für die über 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und den südlichen/mittleren Gebieten des Iraks anfallen.
Seit Oktober 2015 ließen Handel, Absatzmarkt und Baugewerbe allesamt nach und alle Projekte wurden so gut wie stillgelegt aufgrund des Geldmangels. Darüber hinaus verließen Tausende, vor allem junge Menschen, Kurdistan, weil sie sich auf den Weg nach Europa gemacht haben. Es ist für die Menschen in Kurdistan schwierig in solch einer miserablen Situation unter der KRG zu leben. Deshalb haben die Menschen keine andere Wahl als zu protestieren und die Arbeit niederzulegen, hauptsächlich in den Gemeinden und Städten, die unter der Kontrolle der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) stehen.
Anfang diesen Monats begannen Demos und Proteste von geringer Intensität in Erbil, der Hauptstadt der KRG, die von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) kontrolliert wird. Viele der Ämter und Grundbis weiterführenden Schulen wurden geschlossen, weil die Lehrer*innen und andere Beschäftigte kein Geld haben, um die Fahrpreise zu ihren Arbeitsplätzen zu bezahlen. Die Preise von allen Gütern stiegen an, viele Geschäfte und Unternehmen wurden geschlossen.
Wie überall sind es die Menschen, die in der Krise stecken – nicht das System oder die Regierung. Es sind die Menschen, denen es an Selbstvertrauen mangelt. Es sind die Menschen, die den Glauben an sich verloren haben und sich eine Führungsperson erhoffen, die sie lenkt. Es sind die Menschen, die nicht aus früheren Erfahrungen gelernt haben. Sie glauben immer noch an die berühmt-berüchtigte und einflussreiche historische Lüge der Parlamentswahlen.

Wir brauchen nicht irgendeinen Aufstand

Es gab in der Vergangenheit viele Aufstände in verschiedenen Ländern. In jüngerer Zeit 1979 im Iran, 1991 in Bashur, dem irakischen Teil Kurdistans, und in den letzten fünf Jahren dauert der „Arabische Frühling" an. Allerdings endeten die Aufstände in all diesen Ländern mit einem schrecklichen Bürgerkrieg oder Regimewechsel, der in Wirklichkeit nichts viel besseres als die vorherigen Herrschenden brachte. Die Gründe dafür sind einfach: Entweder geführt von politischen Parteien oder von Leuten ohne Plan für das nach dem Aufstand Kommende und schließlich von den USA und den westlichen Staaten gezügelt. Die Menschen wollten hauptsächlich die Macht verändern und nicht die Gesellschaft. Sie wollten die politische Revolution, nicht die soziale Revolution. Und sie wollten die Veränderung von oben herbeiführen – nicht von der Basis der Gesellschaft. Deswegen fielen sie unter den politischen und neoliberalen Einfluss der USA und anderen westlichen Staaten. Letztendlich scheiterten sie nicht nur daran wahre Veränderung herbeizuführen - die Zeit nach dem Aufstand diente den Eliten, der Oberklasse und dem Interesse des derzeitigen Systems sogar viel besser als frühere Regime. Das Scheitern enttäuschte die Menschen umso mehr und sorgte dafür, dass sie nicht an Protest und Aufstände glauben.

Derzeit finden eine Menge Gespräche und Vorschläge für den Aufstand unter den Kurd*innen im Irak statt, vor allem in den Reihen der Kommunist*innen, autoritären Sozialist*innen, Linken und den Liberalen. Was sie wollen wird meines Erachtens kein besseres Ergebnis bringen als was in den arabischen Staaten geschehen ist.
Um diese Schlappe zu vermeiden und tatsächliche Veränderungen herbeizuführen müssen wir radikale, nicht-hierarchische lokale Gruppen bilden, die sich gegen Autorität, gegen Staaten und gegen Machtstrukturen richten. Wir müssen uns in den Nachbarschaften, Fabriken, Arbeitsplätzen, Schulen, Universitäten, auf den Straßen und in den Dörfern selbst organisieren. Wir müssen Kommunen und Kooperativen bilden um Versammlungen der Bevölkerung zu bilden. Bürgerversammlungen, libertärer Kommunalismus in jedem Dorf, jeder Stadt und

jeder Gemeinde. Direkte Aktionen und direkte Demokratie bei der Entscheidungsfindung sollten unsere Mittel sein, um den reellen Einfluss der Menschen zu fördern und weiterzuentwickeln. Wir müssen all dies unabhängig von politischen Parteien durchführen.
Unsere Ziele müssen sein die Gesellschaft von unten nach oben zu verändern, von Regimewechseln und politischen zu ökonomischen, pädagogischen, sozialen und kulturellen Veränderungen. Wir müssen am Aufbau der Macht der gesamten Bevölkerung arbeiten anstatt an der Diktatur des Proletariats oder jeglicher anderen Klassenmacht.
Wir brauchen nicht nur einen Aufstand. Wir brauchen eine Form des Aufstands, die es uns ermöglicht, wahre Veränderungen bei der Etablierung einer sozialistischen/anarchistischen Gesellschaft herbeizuführen. Dies kann mithilfe des demokratischen Konföderalismus und des libertären Kommunalismus geschehen.

Quelle und weitere Infos

- http://i-f-a.org/index.php/de/article-2/745-what-sort-of-uprising-do-we-need-in-iraqi-kurdistan
- zaherbaher.com

Anarchistisch älter werden – (wie) geht das?

★ *Von: Gerald Grüneklee*

Anm.d.Red.: Der Text „Anarchistisch älter werden" wurde im November 2014 (Nr. 393) von der Graswurzelrevolution veröffentlicht. Gerald referierte diesen Vortrag bei mehreren Gelegenheiten, u.a. auf der Anarchistischen Buchmesse in Mannheim im April 2015. Die Anarchistische Gruppe Mannheim hat Anfang April 2016 Gerald zu einem ganztägigen Workshop eingeladen, um das Thema eingehender diskutieren zu können. Der Bericht zu dieser Veranstaltung wird in der folgenden Juni-Ausgabe der GaiDao publiziert.

„Wer mit sechzehn nicht Anarchist ist, ist ein Idiot. Aber wer es mit 40 noch ist, ist es auch", so der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929). Tatsächlich scheint Anarchismus vielen im Nachhinein eher eine peinliche, pubertierende „Jugendsünde" zu sein, was aber wohl eher mit einem sehr begrenzten Anarchismusverständnis zusammenhängt. „Der Anarchismus ist generationsübergreifend und hält jung. Es ist nie zu spät, Anarchist oder Anarchistin zu werden", meint demgegenüber Bernd Drücke[1]. In einer Veranstaltung auf dem anarchistischen Sommercamp 2014 wollten wir der Frage nachgehen, warum doch anscheinend meist relativ wenig angegraute Menschen im anarchistischen Milieu sichtbar sind[2]. Folgende Thesen dienten zunächst der Veranstaltungsvorbereitung, sie wurden dann von mir ergänzt um Aspekte, die im Rahmen der Diskussion angeschnitten wurden[3]. Dabei wird deutlich werden, dass es nicht so sehr um eine Fachberatung für selbstbestimmtes, menschenwürdiges Altern geht. Denn so wichtig beispielsweise die Auseinandersetzungen um Altersarmut, Vereinsamung im Alter, um Pflege und alternative Betreuungsformen auch sind – hier geht es, um mal ein hochgestochenes Wort zu nehmen, eher um so etwas wie einen neuen „Generationenvertrag". Gefragt sind also „junge" UND „alte" Menschen – besser: Menschen unterschiedlichsten Alters und eben auch unterschiedlichster Erfahrungen und Beweggründe. „Anarchistisch" kann in Bezug auf die diskutierte Thematik hierzulande auch ersetzt oder ergänzt werden durch „linksradikal" oder meinetwegen auch „kommunistisch" - es gibt viele politische Kulturen, die ähnlichen Entwicklungen ausgesetzt sind. Aus anarchistischer Perspektive reiße ich es hier an, weil dies die Schublade ist, in der ich selbst mich am ehesten wiederfinde – nach wie vor.

1. Keine Jugendbewegung: Anarchismus ist historisch keine „Jugendbewegung", auch aktuell ist die anarchistische Bewegung an den weltweit wenigen Orten wo es eine lange durchgängige anarchistische Tradition gibt (z.B. Carrara/ Italien) erkennbar generationsgemischt (jedoch scheint der Anarchismus weltweit männerdominiert – ein bislang ebenfalls zu wenig reflektierter Umstand).

2. Folgen der NS-Zeit: Im deutschsprachigen Raum ist dass, jedenfalls nach der optischen Wahrnehmung, anders. Hier wirkt offenbar noch die Geschichte des Nationalsozialismus nach: stärker noch als z.B. in Italien wurde im deutschen Faschismus (2.Weltkrieg) eine ganze Generation „verheizt". Nach 1945 gab es in der BRD nur wenige überlebende „Alt-Anarchisten", die Organisationen aufzubauen versuchten, bis auf wenige Ausnahmen jedoch den Kontakt zur heranwachsenden Jugend nicht (mehr) fanden. So gingen auch diese Versuche langsam ein, bis es ab 1968 eine gewisse Renaissance gab, jedoch als Neuorganisierung im Zuge der Studentenbewegung, wiederum ohne Kontakte zu den NS-Überlebenden. Aufgrund des Faschismus wurden zudem ältere Menschen vielfach pauschal der Nähe zum NS-System bezichtigt, es ging darum, verkrustete Strukturen aufzubrechen, die mit der Eltern-Generation identifiziert wurden. Folge war ein starkes Abgrenzungsbedürfnis. Erst die Geschichtswerkstätten in den 80er Jahren versuchten vor Ort wieder in größerem Umfang überlebende (antifaschistische) Augenzeugen aufzutun, die nun allerdings nach und nach wegstarben.

3. Eine Frage des Habitus: Eine weitere anarchistische „Welle" gab es im deutschsprachigen Raum (Österreich, Deutschland, Schweiz) ab den 1970er Jahren mit der Jugendzentrumsbewegung, die, im Gegensatz zu den in dieser Zeit ebenfalls entstehenden Kommunikationszentren, schon begrifflich die Altershomogenität ausdrückte. In den 1980ern erlebte die Hausbesetzerbewegung ihre Hoch-Zeit. Diese Bewegungen setzten sich vielfach vom „Habitus" (Kleidung, Sprachgebrauch, ästhetische Gestaltung der Treffpunkte etc.) stark von den „Älteren" ab, so dass diese primär „Jugendbewegungen" blieben. Lange Jahre wirkte ein „linksradikaler Dresscode" ausgrenzend. Tausende von Menschen waren in der Hoch-Zeit der Besetzungen aktiv; heute sind sie um bzw. jenseits der 50 – und kaum noch sichtbar.

4. Subkultur-Falle: Die starke „subkulturelle Inszenierung" hatte zur Folge, dass es vielen im Zuge des Älterwerdens nicht mehr attraktiv schien, an der „Szene" teilzuhaben (z.B. schmälerten Beruf, Kinder etc. auch die zeitlichen Möglichkeiten, an zähen und oft zeitlich ausufernden Plena, nächtlichen Konzerten etc. teilzunehmen. Der stark informelle „Touch" der Szene (wer nicht „gesehen" wird bei den einschlägigen Demos und Veranstaltungen ist nicht richtig „dabei", vom Informationsfluss ausgenommen etc.) tat ein übriges. Anarchismus wurde daher nicht mehr als eine Praxis angesehen, die über das Ende des Studiums/ den Eintritt ins Berufsleben hinaus lebbar ist. Als Lebensentwurf ist eine so verstandene juvenil geprägte Bewegung schlicht untauglich.

[1] *In: Anarchismus Hoch 2 – Soziale Bewegung, Utopie, Realität, Zukunft; Berlin 2014, S. 47*
[2] *Die Initiative zu dieser Veranstaltung und die Stichworte für den Ausgangspunkt der Diskussion kamen von M.K. von der anarchistischen Siebdruckerei Hönkeldruck, mit dem ich die Veranstaltung durchführte.*
[3] *Wolf-Dieter Narr, in: Anarchismus Hoch 2, s. Anm. (1), S. 168*

chen.[13] Auch die Band „Eagles of Death Metal", die während des Anschlags auf das Bataclan in Paris auftrat, geriet ins Fadenkreuz der BDS-Kampagne. Pink Floyd Mitbegründer und BDS-Sympathisant Roger Waters hatte die Band 2015 dazu aufgefordert, nicht in Israel aufzutreten, was die Band lediglich mit einem „Fuck you" kommentierte und ihr Konzert in Tel Aviv spielte. Doch nicht nur die Band, auch der Pariser Veranstaltungsort Bataclan selbst, war, als es noch von jüdischen Besitzer*innen geführt wurde, mit Protesten von BDS-Aktivist*innen konfrontiert. Was sich damals noch in Transparenten, Sprechchören und Rangeleien vermummter Demonstrant*innen äußerte, führten die Terrorist*innen des Daish (ISIS) im Herbst 2015 blutig zu Ende. Bei dem Attentat auf den Pariser Club während eines Konzertes der „Eagles of Death Metal" wurden 89 Konzertbesucher*innen erschossen und zahlreiche Weitere zum Teil schwer verletzt. „Das nächste Mal kommen wir nicht zum Reden.", hatten die BDS-Aktivist*innen im Dezember 2008 angekündigt.[14] Wer derartige Drohungen äußert, sollte sich dann nicht wundern, in die (geistige) Nähe von mordenden Dschihadist*innen gebracht zu werden.

> **"BDS meint tatsächlich das Ende des jüdischen Staates ich betrachte die BDS-Bewegung, als ein langfristiges Projekt mit radikal transformatorischem Potential mit anderen Worten: BDS ist nicht ein weiterer Schritt auf dem Weg zum finalen Entscheidungskampf, BDS ist der finale Entscheidungskampf."**
>
> **"Das Ende der Besatzung bedeutet nichts, wenn es nicht auch die Zerschlagung des jüdischen Staates an sich bedeutet."**
>
> **Ahmed Moor (palästinensisch-amerikanischer Journalist)**

Welche zum Teil absurden Züge die BDS-Kampagne führt, zeigt ein anderes Beispiel aus Deutschland. Eine Gruppe selbsternannter „Inspekteure" kontrollierte Ende 2015 in Bremen gekleidet in weißen Schutzanzügen mit der Aufschrift „Inspektion" Wochenmärkte und Drogerien nach Produkten, die in den „illegal besetzten" Gebieten des Westjordanlandes hergestellt wurden. Da man sich scheinbar nicht sicher genug war, wurden kurzerhand alle in Israel produzierten Waren, die man ausfindig machen konnte, in deutscher Gründlichkeit mit einem Warnhinweis versehen und in einer Liste notiert.[15]

Den vorerst letzten traurigen Höhepunkt der BDS-Kampagne bildete die Auseinandersetzung um die Vorführung des Films „Even though my Land is Burning" im Berliner Kino Moviemento im Rahmen der sogenannten „Israeli Apartheid Week" Anfang März 2016. Israel-solidarische Demonstrant*innen protestierten in der Nähe des Kinos gegen die Filmvorführung und wurden dabei mit „Judenschweine"-Rufen und Vernichtungswünschen wie „Euch sollte man vergasen!" bedacht.[16] Unter Polizeischutz wurden die Demonstrant*innen zur U-Bahn gebracht, wobei sie von einigen BDS-und F.O.R. Palestine-Sympathisanten bedrängt und mit Hitlergruß verabschiedet wurden.[17]

Als linke/anarchistische Aktivist*innen sollte man sich daher genau ansehen, mit wem man Bündnisse eingeht und sich solidarisch erklärt. In Berlin versuchen die Aktivist*innen des BDS-Ablegers verstärkt in der Refugees-Bewegung Einfluss zu nehmen. Beim „Carnival Al-Lajiin" (Karneval der Geflüchteten) am 20. März 2016 prägten sie an der Spitze des Aufzugs deutlich das Bild und schwenkten trotz Konsens der Orgagruppe, keine Nationalfahnen mitzuführen, unübersehbar ihre Palästinafahnen. Die Befürchtungen der jüdischen Community, Geflüchtete aus arabischen/islamisch geprägten Ländern könnten mit einem mindestens latent vorhandenen Israel- und Juden-Hass eine Bedrohung für sie darstellen, wird durch die BDS-Aktiven dadurch nur bestätigt, wenn sie nun versuchen, in genau dieser Bevölkerungsgruppe Propaganda für ihre antisemitische Kampagne zu betreiben.

Die BDS-Kampagne und ihre Unterstützer*innen beschuldigen und dämonisieren Israel als alleinigen Aggressor, setzen letztlich auf das Ende des jüdischen Staates und befeuern den Hass gegen Juden*Jüdinnen unter dem Deckmantel gewaltfreier Grassroot-Aktionen.[18] Wem es tatsächlich um das Wohl der Menschen in „Palästina" und eine einvernehmliche Lösung des Nahostkonflikts geht, sollte sich von Kampagnen wie der BDS distanzieren und vielmehr Gruppen und Projekte unterstützen, die sich für ein gewalt- und hassfreies Zusammenleben einsetzen. Antisemitische Positionen und Gruppierungen dürfen in anarchistischen Zusammenhängen keinen Platz finden und sollten daher konsequent aus allen linken/emanzipatorischen Bündnissen gedrängt werden.

[13] *http://www.rototomsunsplash.com/noticias/declaracion-publica-institucional-del-rototom-sunsplash-sobre-la-cancelacion-de-matisyahu/*
[14] *http://www.watson.ch/Angriff%20auf%20Paris/International/959974065-Drohungen-und-Anschlagsplänе--Das-Bataclan-war-vermutlich-kein-zufälliges-Ziel*
[15] *http://www.taz.de/!5255916/* [16] *http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/24853*
[17] *http://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/-ihr-sollt-alle-vergast-werden-----polizei-ermittelt-nach-demo-in-kreuzberg-23683134*
[18] *Selbst israelkritische Friedensaktivisten wie Uri Avnery werfen BDS vor, pauschal gegen Israel und seine Bewohner*innen vorzugehen und nicht etwa nur gezielt gegen Produkte aus den Siedlungen.*

Bewohner*innen des Westjordanlandes. Zu einer kritischen Betrachtung gehört aber auch, die Gründe für den Bau zu beleuchten. Als Reaktion auf die zunehmenden Anschläge und Attentate während der „Zweiten Intifada“ (2000 – 2005) wurde ab 2003 damit begonnen, die Sperranlagen zu errichten, was zu einem deutlichen Rückgang von Anschlägen in Israel führte.[10]

Eine andere nicht unwichtige Passage im BDS-Aufruf betrifft die Besetzung „allen arabischen Raumes“. Es bleibt etwas diffus, ob hier nur die West Bank (Westjordanland) oder ganz Israel gemeint ist. Bei näherer Betrachtung wird allerdings klar, worauf die Beschreibung zielt. BDS-Sympatisant*innen wünschen sich ganz offen ein Ende des „Kolonialstaates“ Israel und oft genug erschallt bei BDS-Aktionen der Ruf eines „Free Palestine“, was natürlich das ganze Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer meint und somit – zu Ende gedacht – die Vernichtung des jüdischen Staates bedeutet. In Berlin ist die Zusammenarbeit und gegenseitige Sympathie mit der Gruppe F.O.R. Palestine offensichtlich. Die marxistischen Palästina-Freund*innen werben ganz unverblümt für das Ende Israels und verkünden auf ihrer Website, dass im Kampf gegen den israelischen Staat neben Boykottaktionen natürlich auch „alle andere Mittel legitim sind und [ihre] Solidarität haben“.[11] „Alle Mittel“ schließt in diesem Zusammenhang auch die mittlerweile allwöchentlich, wenn nicht gar täglich verübten Messerattacken oder ähnliche Mordanschläge auf Juden*Jüdinnen ein. Und welches Schicksal ihnen bei einer Auflösung des Staates Israel ereilen würde, lässt sich leicht erahnen. Die umliegenden arabischen und islamischen Staaten sind mittlerweile nahezu „judenrein“. Ca. 750.000 – 850.000 Juden*Jüdinnen wurden seit 1948 aus den nordafrikanischen Ländern wie Algerien, Tunesien, Libyen, sowie dem Irak, Libanon und Syrien vertrieben. Ein Umstand, der von den BDS-Akteur*innen gerne vergessen wird, wenn sie sich auf das Rückkehrrecht für Palästinenser*innen laut UN-Resolution 194 berufen, die genau genommen auch das Recht auf Rückkehr bzw. die Entschädigung für die vertriebenen Juden*Jüdinnen beinhaltet.

Wie sehr sich die Kampagne auf die Zerstörung Israels und weniger auf das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung konzentriert, zeigt das Beispiel der israelischen Firma „Soda Stream“, deren Produktionsstätte bis vor wenigen Monaten noch im Westjordanland lag. Mehrere hundert Palästinenser*innen waren dort beschäftigt, die im Vergleich zu anderen Arbeiter*innen in den palästinensischen Gebieten überdurchschnittlich gut – weil nach israelischem Standard – verdienten und sozial abgesichert waren. Nachdem der Druck der Boykott-Kampagne gegen Soda Stream immer größer wurde, beschloss die Firma das Werk zu schließen und in den Süden Israels zu verlegen. Die palästinensischen Arbeiter*innen verloren daraufhin dank BDS ihre Existenzgrundlage.[12]

Der Boykott betrifft jedoch nicht nur israelische Waren, sondern auch den Wissenschafts- und Kulturbereich. Die Kampagne ruft u.a. Akademiker*innen und Intellektuelle dazu auf, israelische Institutionen und Hochschulen zu meiden. Gleichzeitig werden Veranstaltungen von Israelis, die sich im Ausland aufhalten, gestört und boykottiert. Es geht mittlerweile so weit, dass jüdische/israelische Student*innen an Universitäten etwa in UK oder den USA regelrecht gemobbt werden und/oder bei Prüfungen bzw. Punktevergaben benachteiligt werden. Für den Mitbegründer der „Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel“ Omar Barghouti ist es jedoch kein Problem selbst die Vorzüge eines Philosophiestudiums an der Universität von Tel Aviv in Anspruch zu nehmen während er gleichzeitig zum Boykott von israelischen Hochschulen aufruft.

Auch auf kultureller Ebene wird versucht, Veranstaltungen mit Künstler*innen aus Israel zu verhindern. Beim Rototom Sunsplash Festival 2015 in Spanien sollte etwa der jüdische Reggae-Sänger Matisyahu auf Drängen der dortigen BDS-Gruppe als einziger Künstler eine Pro-palästinensische Erklärung ablegen, um dort auftreten zu dürfen. Nachdem er sich weigerte, wurde Matisyahu vom Festival ausgeladen, und erst nach öffentlichem Druck wurde die Einladung erneut ausgespro-

[10] *http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/in%20memory%20of%20the%20victims%20of%20palestinian%20violence%20a.aspx*
[11] *http://for-palestine.org/de/uber-uns-4/*
[12] s. *http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/23295*

5. Anarchistische Theorie ja – aber...: Demgegenüber fällt bei Gesprächen auf, dass viele Ältere die anarchistische Theorie bis in die Gegenwart richtig finden. Punktuell sind diese Menschen dann durchaus mobilisierbar (etwa bei Kampagnen gegen Gentrifizierung und Atomkraft, Themen also, die die Lebenswelt über die Generationen hinweg berühren), allerdings scheinen die „Älteren“ oft nicht mehr an vielen Punkten zugleich aktiv sein zu können/ zu wollen, sondern suchen sich eher für sie zentrale spezifische Themen/ Aktionsfelder aus. In den wenigen Orten, wo es relativ kontinuierliche und größere von anarchistischen Gedanken mit getragene Zusammenhänge gibt (z.B. Hamburg, Berlin) sind noch vergleichsweise viele Ü40er/50er aktiv, Menschen also, die sich in den Bewegungen der 80er Jahre politisiert hatten.

6. Statt umfassender „Bewegung“ allenfalls fragmentierte Teilbereichsbewegungen: Welche Beispiele zumindest zeitweise erfolgreicher anarchistischer Bewegungen fallen uns ein (ein sporadisches Beispiel wie das Stören eines Gipfels oder eine Nazi-Aufmarsch-Blockade zählt nicht!)? Wenn wir zur Beantwortung dieser Frage mal locker 3 Generationen in die Vergangenheit schauen müssen, dann ist klar, dass der Anarchismus ein ewiger Verlierer in der Geschichte ist. Kein Wunder, sind wir doch die ewigen „natürlichen“ Feinde jeder Macht, und ist herrschaftsförmiges Denken als vermeintlich „alternativlos“ doch in den allermeisten Hirnen fest verankert. Im Alltag müssen wir kleine Brötchen backen – eine starke Kluft zu den hohen Zielen und Idealen. Eine große Frustrationstoleranzgrenze ist da nötig. Nicht alle haben die psychische Struktur, „singend mit der Pfeife im Mund Niederlagen zu ertragen“[4], ohne daran zu verzweifeln. Da ist es wenig erstaunlich, dass sich viele nach einigen Jahren der Aktivität resigniert und/ oder ausgebrannt zurückziehen. Unter diesen Umständen ist die „Szene“ von hoher Fluktuation gekennzeichnet. Kontinuierlichere Strukturen gibt es kaum.

7. Latente Überforderung: Aufgrund von Unverbindlichkeit und Frust, allzu wenigen Aktiven (die sich oft zu viel aufbürden), Erfolglosigkeit und Perspektivlosigkeit etc. überfordern sich viele derer, die sich über einen längeren Zeitraum in der anarchistischen Bewegung engagieren – physisch, psychisch, finanziell. Ein „Ausstieg“ erscheint vielen als einzig mögliche Konsequenz. Ein blinder Fleck ist auch der hohe Anteil jener Menschen in linken und alternativen Bewegungen die regelmäßig Drogen konsumieren, Psychiatrieerfahrungen haben etc. - auch wenn es dafür natürlich mehr Ursachen gibt als die latente Überforderung, so sollte dies allein schon Grund genug sein, über Auswege und Perspektiven nachzudenken, die aus einer offenkundig verfahrenen Situation hinausführen.

8. Verkürzte „Autonomie“: In eine zusätzliche Falle scheinen wir oftmals mit einem unreflektierten Autonomie-Begriff selbst zu tapsen: wenn Menschen soziale Wesen sind, so beinhaltet dies auch, dass Menschen voneinander abhängig und – gerade mit zunehmendem Alter – hilfsbedürftig werden. Diese Tatsache wird oft von AnarchistInnen ignoriert, Freiheit und Unabhängigkeit werden auf eine Weise idealisiert, die an das vom Marlboro-Cowboy in der Zigarettenwerbung verkörperte Bild denken lässt – und so nebenbei gesagt so auch leicht durch neoliberale Praxen der Individualisierung integrierbar ist. Älterwerden (wie auch generell eine anarchistische Perspektive) erforderte also einen Freiheitsbegriff, der Autonomie nicht als Selbstzweck in den Mittelpunkt stellt, sondern stets in den Zusammenhang nötiger - und erstrebenswerter!) tragfähiger sozialer Bezüge stellt. Mit anderen Worten: das zugrundeliegende Menschenbild braucht eine zentrale Stellung in Diskussionen um anarchistische Perspektiven.

9. Gemeinschaftlichkeit vs. Unverbindlichkeit: Gemeinschaft fällt nicht vom Himmel, das bekommen gerade diejenigen zu spüren, die versuchen, mal mehrere jener Menschen an einen Tisch zu bekommen, die sich anarchistisch nennen. Generell scheinen gegenwärtig gerade die bestehenden anarchistischen Strukturen – zumindest im deutschsprachigen Raum – einen stark individualistischen Touch zu haben. Aufeinander zuzugehen und dabei Kompromisse einzugehen scheint nicht gerade eine Stärke der Menschen im anarchistischen Spektrum zu sein - einer Szene, die zwar schnell von Solidarität, gegenseitiger Hilfe etc. redet, diese Begriffe aber selten wirklich definiert und füllt: von „freiwilliger Vereinbarung“ bleibt oft nur noch „freiwillig“ übrig, und so schafft sich jede/r ganz postmodern und „bedürfnisorientiert“ seine/ ihre eigene Welt und muckelt vor sich hin (Theorie ist ja ohnehin vielfach „verdächtig“). Gemeinschaftlichkeit jenseits der Klein- oder Patchworkfamilie muß heutzutage offenbar geübt – aber auch erlebt – werden, die Bereitschaft dazu scheint aber gering.

10. Und nun?

Um stabile anarchistische Strukturen zu bilden, die auch biographisch eine Einbindung über die Jahrzehnte hinweg ermöglichen wäre also nötig:

- **Erfahrungsvielfalt:** es als Bereicherung wahrzunehmen, sich (wechselseitig!) zwischen den Generationen auszutauschen und so von den unterschiedlichen Erfahrungen zu profitieren. Eine entsprechende innere Beweglichkeit, um sich miteinander zu verständigen und und (weiter) zu entwickeln ist hierfür eine Grundvoraussetzung.

[4] *Wolf-Dieter Narr, in: Anarchismus Hoch 2, s. Anm. (1), S. 168*

- **Reflektion:** Begriffe wie Freiheit und Autonomie nicht zu verabsolutieren, sondern stets zu hinterfragen und um Aspekte wie Gegenseitigkeit, Sozialität, Bedürftigkeit etc. zu ergänzen. Hinterfragt werden muss nicht nur die Theorie, sondern auch das eigene Handeln – nicht zuletzt dort, wo sich Handlungsweisen vom ursprünglichen Kontext verselbstständigt und so auf ausgrenzende Weise ritualisiert haben -, der gesellschaftliche Rahmen etc.

- **Unterschiedlichkeit:** unterschiedliche Aktions- und Interventionsformen als gleichberechtigt anzusehen (wie dies z.B. im Wendland bei den Protesten gegen die Castor-Transporte gelingt) – wer eine Hüft-Operation hinter sich hat, kann vielleicht nicht mehr an jeder Aktion auf der Straße teilnehmen, doch eine gute Infrastruktur bereitzuhalten und für Schlafplätze und warme – oder kalte, je nach Jahreszeit – Getränke zu sorgen ist nicht minder wichtig. Ebenso legitim muss es natürlich sein, sich „Auszeiten" zu gönnen.

- **Inhaltlichkeit:** einen „identitären Anarchismus" (über Lifestyle-Attribute wie z.B. Kleidung nach außen getragen, weniger über Positionen/sichtbare Aktionen) in einen „inhaltlichen Anarchismus" zu überführen, in dem sich Menschen unterschiedlichen Alters wohlfühlen und bei dem es nicht auf das Aussehen, körperliche Agilität etc. ankommt.

- **„Inklusion":** generell Praxen nicht-ausgrenzender Verhaltensweisen und gegenseitiger Akzeptanz sowie eines wohlwollenden Miteinanders zu entwickeln, in denen „Detailfragen" vielleicht nicht ganz so wichtig sind und eine hundertprozentige Übereinstimmung auch nicht erforderlich ist, ohne deshalb entweder Widersprüche zu ignorieren oder sich gleich wieder zu spalten.

- **Mehrdimensionalität:** die vorangestellten Aspekte als Voraussetzung für den Aufbau tragfähiger Strukturen zu nehmen, die sowohl psychologische Perspektiven („ich fühle mich in diesen Strukturen wohl, weiss, dass ich geschätzt werde wie ich bin, und es ist nicht so schlimm, wenn ich es nicht schaffe, immer überall dabei zu sein") und persönliche / soziale Perspektiven (z.B. Mehrgenerationen-Wohnprojekte, Kommunen) wie auch ökonomische Perspektiven (z.B. selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften / solidarische Ökonomie, „Projekte-Anarchismus") beinhalten.

„Empörung alleine reicht nicht. Sie muss konstruktiv werden" schrieben die GenossInnen vom A-Laden Berlin mal. Stimmt. Denn eine politische Perspektive, die diese genannten Aspekte nicht als Grundlage hat, scheint mir eine Kopfgeburt zu sein. Die zentrale Frage ist also, wie aus den bisherigen gesellschaftlich irrelevanten anarchistischen Fragmenten eine Bewegung entstehen könnte, die diesen zugegeben hohen Ansprüchen Rechnung trägt, ohne angesichts oft trister Realitäten vorschnell wieder in Resignation umzuschlagen.

GWR 408, April 2016: Stoppt Erdoğans Krieg gegen die Kurden!; Wahlnachlese; Viva LAUtonomia! Waldbesetzung im Braunkohlerevier; Anti-Rassismus; Antifa; Feminismus; Anarchismus; Antimilitarismus,... Probeheft kostenlos. Abo: 38 Euro (10 Ex.) Infos: **www.graswurzel.net/service**

Anzeigen

Antisemitismus boykottieren

Über die falsche Solidarität mit der BDS-Kampagne

★ *Von: Marcos Denegro / Anarchists against Antisemitism*

Es mag der Hauch von direkter Aktion sein, der bei dem Wörtchen „Boykott" mitschwingt und bei einigen linken und anarchistischen Aktivist*innen Begeisterung hervorruft. Was sich hinter der Kampagne von Boycott, Disvestment and Sanction, kurz BDS, verbirgt, ist jedoch alles andere alles sympathisch. Nachdem Aktionen mit der Anmutung eines „Kauft-nicht-bei-Juden" grundsätzlich suspekt sind, lohnt sich ein genauer Blick auf die Kampagne, die sich im eigenen Wortlaut gegen die „Apartheids- und Kolonialpolitik" Israels und gegen „die Besetzung allen arabischen Landes" richtet .

Der Grundstein für die Kampagne wurde bereits 2001 bei der Durban-Weltkonferenz in Südafrika gelegt. Auf dem parallel stattfindenden NGO-Forum wurde – vor allem von Vertreter*innen der PLO, der Islamischen Konferenz und westlichen Gruppen vorangetrieben – eine Erklärung verabschiedet, die ideologisch die Grundlage für die weltweite Boykott-Kampagne bildete. So heißt es dort u.a.:

> [Wir] rufen die internationale Gemeinschaft auf, eine Politik der vollständigen und totalen Isolation Israels als Apartheidsstaat genauso umzusetzen wie einst im Fall Südafrikas, was die Auferlegung verpflichtender und umfassender Sanktionen und Embargos beinhaltet und die Aufhebung aller Beziehungen (diplomatischer, wirtschaftlicher, sozialer, unterstützender, militärischer) zwischen allen Staaten und Israel.[1]

Neben der Bezeichnung als Apartheidsstaat wurden in der Erklärung des NGO-Forums Israel systematischer Rassismus, ethnische Säuberung und Völkermord vorgeworfen. Der Anti-Rassismus-Kongress bzw. vor allem das NGO-Forum waren geprägt von antisemitischen Positionen, wie Teilnehmer*innen berichteten.[2] So wurden u.a. Kopien der "Protokolle der Weisen von Zion" verkauft, jüdische Delegierte beschimpft und bedroht und eine Palästina-Soli-Demonstration, die eigentlich am Rathaus enden sollte, führte weiter bis zur Synagoge in Durban, wo Plakate mit Hitlerbild gezeigt wurden.[3]

Auf dem 5. Sozialforum in Porto Alegre (Brasilien) wurde die Kampagne vorgestellt und kurz danach als „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft" offiziell gestartet. Bei der ersten BDS-Konferenz 2007 in Ramallah wurde außerdem das Nationale BDS-Komitee (BNC), als Koordinationsstelle der Kampagne, gegründet. Mitglied des Komitees ist u.a. das Council of National and Islamic Forces in Palestine – einem Zusammenschluss von Hamas, Fatah, PFLP und anderen bewaffneten (terroristischen) Gruppen – das zu Beginn der zweiten Intifada (Okt. 2000 – Feb. 2005) gegründet wurde, um Angriffe gegen Israel besser zu koordinieren.[4]

Das selbsterklärte Ziel der BDS-Kampagne ist ein umfassender Boykott gegen Israel, um ein Ende der israelischen „Besatzung" bzw. der „Apartheid" in Israel herbeizurufen und den israelischen Staat zur Einhaltung der „universellen Prinzipien der Menschenrechte" zu zwingen. Die Doppelmoral wird dabei recht schnell deutlich. Wie wichtig man es mit den Menschenrechten in den palästinensischen Gebieten nimmt, zeigte Human Rights Watch 2012 auf und berichtete von willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Morden durch die Hamas im Gazastreifen.[5] Erinnert sei auch an den Lynchmord zweier Israelis im Oktober 2000 durch einen palästinensischen Mob in Ramallah (Westjordanland).[6] Nicht einmal vor sich selbst macht die Hamas dabei halt: Anfang 2016 wurde ein führender Hamas-Offizier – nachdem man ihn als homosexuell beschuldigte – kurzerhand von seinen eigenen Leuten erschossen.[7]

> **"Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser ist mit der Existenz Israels unvereinbar."**
>
> **As ad Abu Khalil (libanesisch-amerikanischer Professor, Marxist/Anarchist und BDS-Unterstützer)**

Nicht nur diese einseitige Sichtweise auf Israel sondern auch der Sprachgebrauch der „Apartheid" hat der BDS-Kampagne den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht. Und tatsächlich erscheint die Anschuldigung, Israel wäre ähnlich wie Südafrika ein Apartheidsstaat reichlich absurd. So bildet die arabische Fraktion die drittgrößte Gruppe im israelischen Parlament[8], in israelischen Gerichten urteilen auch arabische Richter[9], die meisten Verkehrsschilder sind dreisprachig – hebräisch, arabisch und englisch – und für religiöse Angelegenheiten gibt es drei Gerichtsbarkeiten: eine jüdische, eine muslimische und eine christliche. Im Zusammenhang mit „Besetzung" und „Apartheid" taucht oftmals auch der von Israel errichtete Schutzzaun auf. Der Verlauf des Zaunes (an einigen Stellen eine hohe Mauer) ist natürlich zu kritisieren, ebenso die damit einhergehende Einschränkung der palästinensischen

[1] *World Conference against Racism NGO Forum Declaration, Article 425, Durban, 3 September 2001, http://www.i-p-o.org/racism-ngo-decl.htm*
[2] *Vgl. Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus, Band 5, Berlin/Boston, 2005, S. 223f.*
[3] *Vgl. http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/wiesenthal.htm [aufgerufen: 11.4.2016]*
[4] *https://en.wikipedia.org/wiki/Palestinian_National_and_Islamic_Forces* [5] *https://www.hrw.org/report/2012/10/03/abusive-system/failures-criminal-justice-gaza*
[6] *http://www.rp-online.de/politik/zdf-reporter-mob-in-ramallah-zog-brennende-leiche-ueber-die-strasse-aid-1.2266800*
[7] *http://www.nytimes.com/2016/03/02/world/middleeast/hamas-commander-mahmoud-ishtiwi-killed-palestine.html?_r=0*
[8] *Sitzverteilung der 20. Knesset: Likud 30, Zionistisches Lager 24, Vereinigte Arabische Liste 14, Yesh Atid mit 11, Kulanu 10, Bayit Yehudi 8, Shas 7, Yisrael Beytenu, Vereinigtes Torah-Judentum 6 und Meretz 4 Sitze. (Quelle: http://www.israel-nachrichten.org/archive/16924)* [9] *der arabischstämmige Salim Joubran ist z.B. seit 2003 Richter am Obersten Gericht Israels.*